

# FOKUS

ANALYSEN & PERSPEKTIVEN FÜR ÖSTERREICHS SICHERHEIT

FOKUS • TERRORISMUS

ALS E-PAPER UNTER  
BUNDESHEER.AT/FOKUS

## TERRORISMUS

- ANGRIFF AUF STAAT  
UND GESELLSCHAFT



### AKTUELL

Sicherheitsorgen der  
österreichischen Bevölkerung



### ANALYSE

Terrorismus in einer  
neuen Qualität und Quantität



### ANTWORTEN

Das Bundesheer  
schützt den Staat

04\_

Was ist Terrorismus?

06\_

Terrormiliz „Islamischer Staat“

08\_

Wofür stehen die Anschläge von Paris und Brüssel?

10\_

Terrorismus ist eine Bedrohung für den Staat

12\_

Kommunikation hilft dem Terrorismus

14\_

Interview mit...  
Bundesminister Mag. Hans Peter Doskozil

16\_

Der hybride Terrorismus – Ein wahres Chamäleon

18\_

Das souveräne Recht auf Sicherheit

20\_

Gedanken zu den Terroranschlägen in Brüssel

26\_

Sicherheit: Worüber sorgt sich Österreich?

28\_

Umfassende Sicherheitsvorsorge schützt uns

30\_

General Mag. Othmar Commenda:  
Gemeinsam gegen den Terror

31\_

Terrorbekämpfung durch das Bundesheer

34\_

Wer ist für die Terrorabwehr zuständig?



04\_



06\_



10\_



12\_



14\_



16\_



24\_



Generalmajor  
Dr. Johann Frank

Leiter der Direktion für  
Sicherheitspolitik im BMLVS

FOKUS EDITORIAL

DER BEITRAG DES BUNDESHEERES  
ZUR TERRORABWEHR

Die Umfassende Landesverteidigung ist vor dem Hintergrund des Bedrohungswandels neu zu denken und gesamtstaatlich neu zu organisieren. Aktuell steht nicht die Verteidigung gegen einen konventionell angreifenden militärischen Gegner, sondern die Abwehr von hybriden Angriffen auf Staat, Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen im Vordergrund. Insbesondere können Cyber-Angriffe, Angriffe auf die staatliche Souveränität und eine solidarische Beitragsleistung im Falle eines Angriffs auf einen EU-Staat, sowie der transnationale Terrorismus einen Verteidigungsfall begründen.

Die Fähigkeit zur konventionellen Landesverteidigung ist ein zentrales Element zur Abwehr hybrider Risiken. Diese Fähigkeit ist ein unverzichtbarer Beitrag zur europäischen Stabilität und muss daher im Bundesheer im Sinne einer Aufwuchsfähigkeit für den Fall von strategischen Lageveränderungen erhalten bleiben.

In Europa kamen die Streitkräfte bislang im Terrorfall primär zur Unterstützung der zivilen Behörden zum Einsatz. Eine strategisch ausgerichtete Sicherheits- und Verteidigungspolitik darf sich nicht nur an vergangenen Konfliktformen ausrichten, sondern muss in alternativen Zukunftsszenarien denken und planen. Sollte der Terrorismus eine neue Qualität erreichen, muss eine vorausschauende Sicherheitspolitik darüber nachdenken, ob bzw. wann er einen Fall der militärischen Landesverteidigung verursachen kann.

Aktuelle Umfragen zeigen deutlich, dass die Bevölkerung besorgt ist und den Terrorismus als Bedrohung wahrnimmt.

Aus strategischer Sicht ist daher klar, dass man einem militärisch organisierten Terrorismus in letzter Konsequenz auch mit militärischen Mitteln und militärischen Einsatzverfahren entgegentreten muss.

Internationale zivile und militärische Experten bringen im FOKUS ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der Verteidigungspolitik und der gesamtstaatlichen Resilienz Österreichs. Die zweite Ausgabe des Magazins FOKUS zeigt den transnationalen Terrorismus als aktuelle Bedrohung und mögliche Antworten der Umfassenden Landesverteidigung. Vor allem geht es um die Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres und die notwendigen Rechtsgrundlagen in diesem Szenario.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen mit dieser Ausgabe des FOKUS eine aufschlussreiche und interessante Lektüre zum Thema. Diese Publikation steht auch zum Download unter [www.bundesheer.at/fokus](http://www.bundesheer.at/fokus) im Internet zur Verfügung.

Ihr

Generalmajor  
Dr. Johann Frank

IMPRESSUM

MAGAZIN FOKUS

FOKUS. Analysen & Perspektiven für Österreichs Sicherheit ist ein Magazin des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport und bietet einen kompakten und exklusiven Überblick zu aktuellen Sicherheitsthemen.

MEDIENINHABER, HERAUSGEBER UND HERSTELLER

Republik Österreich/Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, BMLVS, Rossauer Lände 1, 1090 Wien

LEITUNG

Generalmajor Dr. Johann Frank, Direktion für Sicherheitspolitik

REDAKTION

Chefredakteur:  
Oberst dG MMag. Georg Geyer, Büro für Sicherheitspolitik, Mit freundlicher Unterstützung durch die Landesverteidigungsakademie

FOTOGRAFIE

BMLVS – Heeresbild- und Filmstelle, Shutterstock

GRAFIK, LAYOUT, SATZ

Lukas Bittner  
Büro für Sicherheitspolitik, Institut für Militärisches Geowesen

LEKTORAT

Sprachinstitut des Bundesheeres Büro für Sicherheitspolitik

KONTAKT

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport  
Büro für Sicherheitspolitik  
Rossauer Lände 1, 1090 Wien  
Tel: 050201 10 25430  
E-Mail: [bfsihpol@bmlvs.gv.at](mailto:bfsihpol@bmlvs.gv.at)

HERSTELLUNG

BMLVS/Heeresdruckzentrum

ALS E-PAPER

[www.bundesheer.at/fokus](http://www.bundesheer.at/fokus)

Die Inhalte einzelner Beiträge geben die persönliche Einschätzung der Experten wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS).



FOKUS  STATEMENT

# WAS IST TERRORISMUS?

Terrorismus zählt in der Politik und in der Wissenschaft zu den umstrittensten Begriffen. Ein international anerkannter Konsens seiner Definition wurde bislang nicht gefunden.

THOMAS PANKRATZ

Der Grund ist, dass sich bei Terroristen die Motive, Ziele, Strukturen, Weltanschauung und die eingesetzten Mittel zu sehr unterscheiden, als dass man von "dem Terrorismus" sprechen könnte. Vor allem wird der Begriff selbst weltanschaulich und moralisch ganz unterschiedlich gesehen: Oft hängt es vom Betrachter ab, ob jemand als Terrorist bezeichnet wird oder nicht. In diesem Zusammenhang ist auch die Abgrenzung zu den unterschiedlichen Formen des politischen (auch gewaltsamen) Widerstandes zu sehen. Der Ausspruch Ronald Rea-

gens „Des Einen Terrorist ist des Anderen Freiheitskämpfer“ bringt dies auf den Punkt.

Dennoch gibt es einige Kernelemente, die den Terrorismus gut beschreiben:

- Andauernde geplante und organisierte, kaum bzw. nicht kalkulierbare und vorhersehbare öffentlichkeits- bzw. massenmedienvirksam inszenierte Gewaltanwendung bzw. -androhung über einen bestimmten Zeitraum.
- Ziele des Terrorismus sind die für das Funktionieren eines Staates bzw. einer Gesellschaft notwendigen Systeme und deren Symbole, aber auch willkürlich gewählte militärische bzw. zivile Personen oder Objekte.

- Ausgeübt werden die terroristischen Aktionen von substaatlichen national, regional, international oder transnational agierenden Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen oder Netzwerken.
- Insbesondere zielt Terrorismus auf die Veränderung des gegebenen gesellschaftspolitischen Systems und auf die Durchsetzung der eigenen Interessen hinsichtlich dieses Systems ab.

Von diesen Motiven und Zielsetzungen leitet sich eine gängige Systematik der unterschiedlichen Formen des Terrorismus ab: Zum einen gibt es den ethno-nationalen Terrorismus, bei dem es um Tendenzen der Abspaltung bis hin zur Gründung eines eigenen Staates geht (z.B. IRA, ETA). Zum anderen ist es der weltanschaulich-ideologische Terrorismus, der sich in einen religiösen (z.B. Al-Qaida, IS, AUM) und einen säkularen „sozial-revolutionären“ Strang unterteilen lässt. Aus letzterem gehen sowohl rechts- (z.B. NSU) als auch linksextremistische Richtungen (z.B. RAF) hervor.

FOKUS  ANALYSE

# WAS KENNZEICHNET IHN?

Den Terroristen geht es nicht primär um den Zerstörungseffekt der Gewalt. Aktuell sind wir mit der vierten Welle des Terrorismus konfrontiert, welche auf einem qualitativ hohen Niveau arbeitet.

PETER WALDMANN

Etwas neutraler lässt sich Terrorismus als eine Kommunikationsstrategie fassen, in ihrem Mittelpunkt steht die Verbreitung einer Botschaft.

Aus meiner Sicht bedeutet der Begriff Terrorismus planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen Unsicherheit und Schrecken verbreiten, bei bestimmten Bevölkerungsgruppen zugleich Sympathie und Unterstützungsbereitschaft wecken.

Terrorismus ist die Extremform eines asymmetrischen Konfliktes zwischen ungleichen Gegnern. Es ist zwischen Terrorismus als Angriffsform des politisch und militärisch Schwächeren gegen einen Staat und dem von Staaten ausgeübten „Terror“ zu unterscheiden. Aufständischer Terrorismus ist eine Strategie der Schwäche und Verlegenheit, da Terroristen weder zur Mobilisierung größerer Menschenmengen für ihr politisches Anliegen, noch zur Besetzung eines bedeutenden Stücks staatlichen Territorium instande sind. Um diese Schwächen in Stärke umzumünzen, bedienen sie sich dreier Mittel:

- Sie entziehen sich dem staatlichen Zugriff, indem sie aus dem Untergrund heraus operieren;

- Sie organisieren sich in kleinen Gruppen („Zellen“) oder Netzwerken hochmotivierter Akteure, die sich schwer fassen, unterwandern oder aufbrechen lassen;
- Sie machen von der Gewalt nicht einen instrumentell-militärischen, sondern einen primär kommunikativen Gebrauch: sie nutzen das Gewaltmonopol und die öffentliche Sicherheit westlicher Gesellschaften, um durch spektakuläre Gewaltanschläge Aufmerksamkeit zu erregen und Angst zu erzeugen.

Seit etwa 1985 erleben wir eine Welle des religiös begründeten, insbesondere islamistischen Terrorismus, für den folgende Punkte bezeichnend sind:

1. Die ungeheure Spreng- und Antriebskraft inklusive bedingungsloser Opferbereitschaft, die von einem intensiven religiösen Engagement ausgeht.
2. Die Begründung terroristischer Aktivitäten mit Heilsvisionen, die entweder in einer idealisierten Vergangenheit liegen oder in eine heile Zukunft projiziert werden.
3. Die tiefe Ambivalenz von Hochreligionen, die einerseits mit einem hohen Gewaltpotenzial ausgestattet sind, sich andererseits aber als Friedensstifter sehen.

4. Das detaillierte Regelwerk der Hochreligionen mit Verhaltensregeln für die Gläubigen, die von der Priesterschaft interpretiert werden. Sie bestimmt, ob ein Gewaltakt verboten, erlaubt oder geboten ist.

Verfolgt man die Entwicklung des Dschihadismus, gewinnt man den Eindruck, dass die Gewaltschranken in großen Teilen der islamischen Welt brüchig geworden sind. Die Gotteskrieger scheuen vor keinem Blutbad zurück, um maximalen Schaden anzurichten und globale Aufmerksamkeit zu erzwingen. Sie führen einen grausamen Feldzug, dessen Kalkül, Sinn und langfristige Ziele nebulös bleiben.

Diese ausufernde Gewalt entfernt sich vom ursprünglichen terroristischen Kalkül, in das Vorkehrungen für einen „ökonomischen“ Gewalteinsetz eingebaut waren. Dem kommunikativen Zweck war meist durch ein spektakuläres Attentat und Bekennerschreiben Genüge getan.

Im Gegensatz dazu besteht heute kein Zweifel, dass spätestens seit Osama Bin Laden der Westen – vor allem die USA – für die heute operierenden islamistischen Terroristen ein Kriegsfeind ist, dessen Bekämpfung legitim ist und dem ein maximaler Schaden zugefügt werden muss.

“ Die Gotteskrieger scheuen vor keinem Blutbad zurück, um maximalen Schaden anzurichten und globale Aufmerksamkeit zu erzwingen. Sie führen einen grausamen Feldzug, dessen Kalkül, Sinn und langfristige Ziele nebulös bleiben.



**Prof. Dr. Peter Waldmann**  
Ordinarius für Soziologie (emeritiert) an der Universität Augsburg

# TERRORISMUS

FOKUS LAGEKARTE

# TERRORMILIZ „ISLAMISCHER STAAT“

Die Wiedererrichtung des Kalifats durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Teilen des Irak und Syrien hat heute massive Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der Region.

MICHAEL ZINKANELL

Der sogenannte „Islamische Staat“ („IS“), welcher Mitte 2014 ein Kalifat ausrief, gilt als die jüngste und erfolgreichste Verkörperung des dschihadistischen Salafismus im Mittleren Osten. Im Vergleich zu extremistischen Vorläufergruppierungen gelang es dem „IS“, großflächige Gebiete im Irak und in Syrien zu erobern und durch Plünderungen den Aufbau von staatsähnlichen Strukturen, sowie ein weiteres Expandieren zu finanzieren.

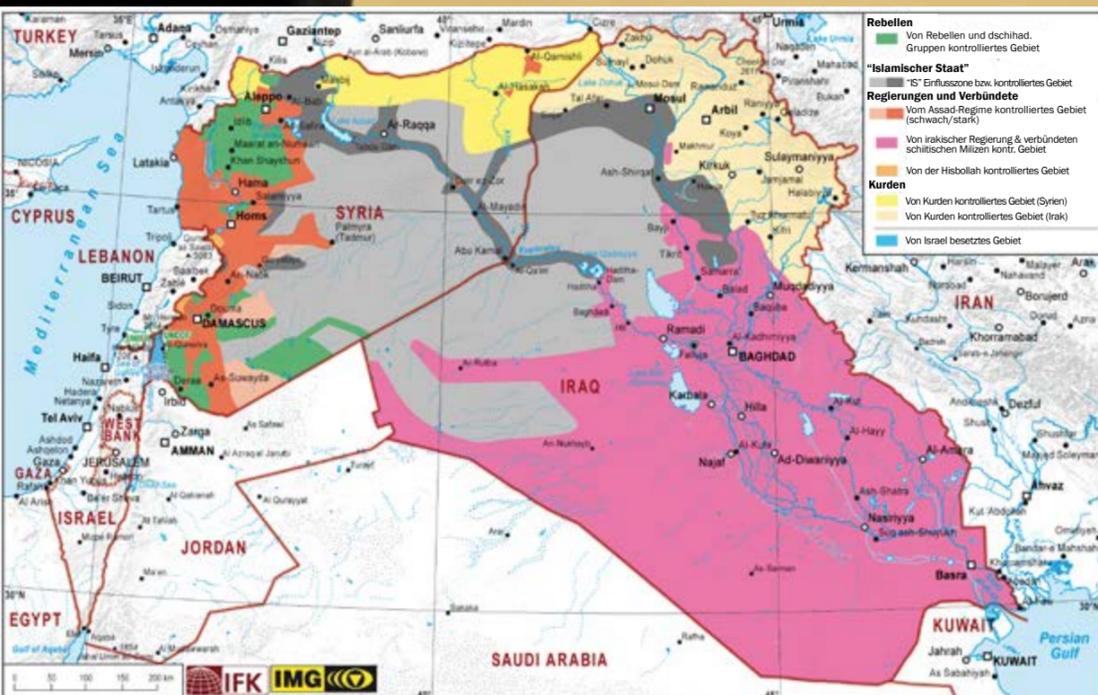
Der syrische Bürgerkrieg, die Marginalisierung sunnitischer Stämme und eine konfessionell geprägte Elite im Irak sind Hauptfaktoren für den rasanten Aufstieg des „IS“. Im Irak – dem Ursprungsland des „IS“ – schlossen sich aufgrund fehlender politischer, sozialer und militärischer Integration sunnitische Stämme, sowie Generäle der Armee, Staatsdiener und Geheimdienstmitarbeiter der Saddam-Ära dem „IS“ an und bildeten die Grundlage seiner Stärke.

Die „IS“-Herrschaftsstrukturen sind in drei Verwaltungsebenen geteilt: zentralstaatlich, provinziell, lokal.

Unter dem selbsternannten Kalifen al-Baghdadi und seinem Kabinett gliedern sich mehrere Räte: der legislative Scharia-Rat ist für die öffentliche Sittlichkeit verantwortlich, der Schura-Rat hält eine beratende Funktion inne, der Sicherheitsrat ist mit der inneren Sicherheit und dem persönlichen Schutz des Kalifen beauftragt und der Militärrat organisiert operative Vorstöße und Verteidigungsmaßnahmen. Neben diesen vier zentralen Einrichtungen bestehen zusätzliche Strukturen für die mediale Verbreitung von Propaganda, die Verteilung von Finanzmitteln und die administrative Verwaltung auf lokaler Ebene. Die Befehlserteilung erfolgt zentralisiert und hierarchisch, die praktische Ausführung der Anweisungen ist hingegen dezentralisiert und flexibel. Der Erhalt der staatlichen Strukturen, sowie die Sicherstellung der propagierten Sozialleistungen sind von einer konstanten territorialen Expansion abhängig.

Die Bekämpfung des „IS“ in den letzten 18 Monate durch das syrische Regime, unterstützt von der russischen Luftwaffe, den Syrian Democratic Forces, den irakischen Sicherheitskräften und den kurdischen Peschmerga Einheiten, sowie das Engagement der Anti-„IS“-Koalition, verringerten das

„IS“-Gebiet um 30 Prozent. Demzufolge sind die „IS“-Haupteinnahmen – Ölschmuggel, Diebstahl und Lösegeldforderungen – stark rückläufig. Die Verluste in Syrien und im Irak werden den „IS“ jedoch nicht aufhalten weiterhin inner- und außerhalb der Region seine dschihadistischen Ziele mittels Terrorismus und Gewalt durchzusetzen und neue Strukturen in fragilen Staaten wie Libyen und dem Jemen auf- und auszubauen.



FOKUS LAGEKARTE

# DIE GEGNER DES „ISLAMISCHEN STAATES“

Die gesamte Region gleicht einem Pulverfass, in dem unterschiedliche Akteure nach Macht und Einfluss streben. Hier sind die wichtigsten staatlichen und nicht-staatlichen Konfliktparteien und ihr Engagement im Kampf gegen den „IS“:

JASMINA RUPP

## Internationale Anti-„IS“-Koalition

**Verbündete:** 62 Staaten, Führung: USA, 13 militärisch aktive Staaten  
**Ziele:** Schwächung, Zerschlagung des „IS“, kein Zulauf ausländischer Kämpfer, Unterbindung der Finanzierung des „IS“, Diskreditierung der „IS“-Propaganda  
**Maßnahmen:** Luftangriffe gegen „IS“-Führer, Infrastruktur, Stellungen, Ölförderanlagen. 12.685 Luftschläge bis Juni 2016, 76% durch die USA. Militärberater, Ausbildung/Ausrüstung für irakische Sicherheitskräfte, kurdische Peschmerga, Syrian Democratic Forces  
**Kräfte** u.a. von: USA: 4.600; AUS: 900; IT: 1200; GE: 1200; CAN: 700, etc.

## Iran

**Verbündete:** Irakische schiitische Milizen, libanesische Hisbollah, Assad-Regime  
**Ziele:** Stütze für das Assad-Regime gegen den Terrorismus. Aufbau schiitischer Milizen in Syrien, Waffenlieferungen an Hisbollah, Errichtung einer pro-iranischen Regierung in Syrien und im Irak  
**Maßnahmen:** Einsatz von Militärberatern, Luftangriffe gegen den „IS“ im Irak, Einsatz iranischer Truppen, Aufbau lokaler Milizen v.a. zum Schutz schiitischer Heiligtümer  
**Kräfte:** In Syrien: 3000-5000, im Irak: 15.000, Kampfflugzeuge

## Kurdische Streitkräfte, Nordirak

**Verbündete:** Anti-„IS“-Koalition, Türkei, Irakische Streitkräfte  
**Ziele:** Befreiung der „IS“-besetzten Gebiete, Unabhängigkeit von irakischer Zentralregierung, Vorbereitung zur Unabhängigkeit Kurdistans  
**Maßnahmen:** Erhalt von Waffenlieferungen, Ausrüstung, Ausbildung, Kampf gegen „IS“  
**Kräfte:** Peschmerga max. 250.000

## Kurdische Volksverteidigung, Syrien

**Verbündete:** Russland, USA, Assad-Regime, PKK

**Ziele:** Autonomie nordsyrischer kurdischer Gebiete, Behauptung des Siedlungsraumes, Befreiung der „IS“-besetzten kurdischen Gebiete  
**Maßnahmen:** Kampf gegen den „IS“  
**Kräfte:** max. 50.000

## Türkei

**Verbündete:** NATO, Anti-„IS“-Koalition, Saudi-Arabien, Katar, VAE  
**Ziele:** Regimewechsel in Syrien, Errichtung einer von Muslimbrüdern dominierten (pro-türkischen) Regierung, Verhinderung autonome kurdische Region, Zerschlagung PKK  
**Maßnahmen:** Unterstützung von Rebellen in Syrien, Waffenlieferungen, Artillerie und Luftangriffe gegen „IS“, Flüchtlingsbetreuung  
**Kräfte:** Spezialeinheiten, Kampfflugzeuge, Artillerie

## Saudi-Arabien

**Verbündete:** Katar, VAE, Golfstaaten, Türkei, USA, Anti-„IS“-Koalition, Ägypten  
**Ziele:** Sturz des Baath-Systems in Syrien und Irak, Etablierung sunnitisch-dominierter Regierungen, Verhinderung iran. Einfluss und schiitische Milizen, Vormachtstellung, Verbreitung wahabitischer Ideologie („Salafisierung“)  
**Maßnahmen:** Unterstützung sunnitischer Rebellen (Waffen), mil. Engagement im Jemen, Luftangriffe in Syrien  
**Kräfte:** u.a. Kampfflugzeuge

## Zentralregierung im Irak

**Verbündete:** Anti-„IS“-Koalition, USA, Iran, schiitische Milizen, Russland  
**Ziele:** Einheit des Irak, Unabhängigkeit von Iran, USA, Befreiung „IS“-besetzter Gebiete  
**Maßnahmen:** Offensiven mit Bodentruppen  
**Kräfte:** irakische Streitkräfte: 272.000, Milizen ca. 120.000

## Rebellengruppen in Syrien

**Verbündete:** USA, UK, FR, Türkei, Jordanien, Israel, Saudi-Arabien, Katar, VAE  
**Ziele:** Sturz Assad-Regime und Baath-System,

Demokratie, keine Machtergreifung durch Dschihadisten  
**Maßnahmen:** Kampf gegen Assad-Regime, Diplomatie  
**Kräfte:** ca. 120.000 Kämpfer

## Assad-Regime

**Verbündete:** Iran, Hisbollah, Russland, Kurden, Nordkorea  
**Ziele:** Machterhalt, Rückeroberung besetzter Gebiete, Einheit Syriens  
**Maßnahmen:** Kampf gegen Rebellen und „IS“  
**Kräfte:** 80.000 syr. Streitkräfte, mit Verbündeten ca. 178.000

## Libanesische Hisbollah

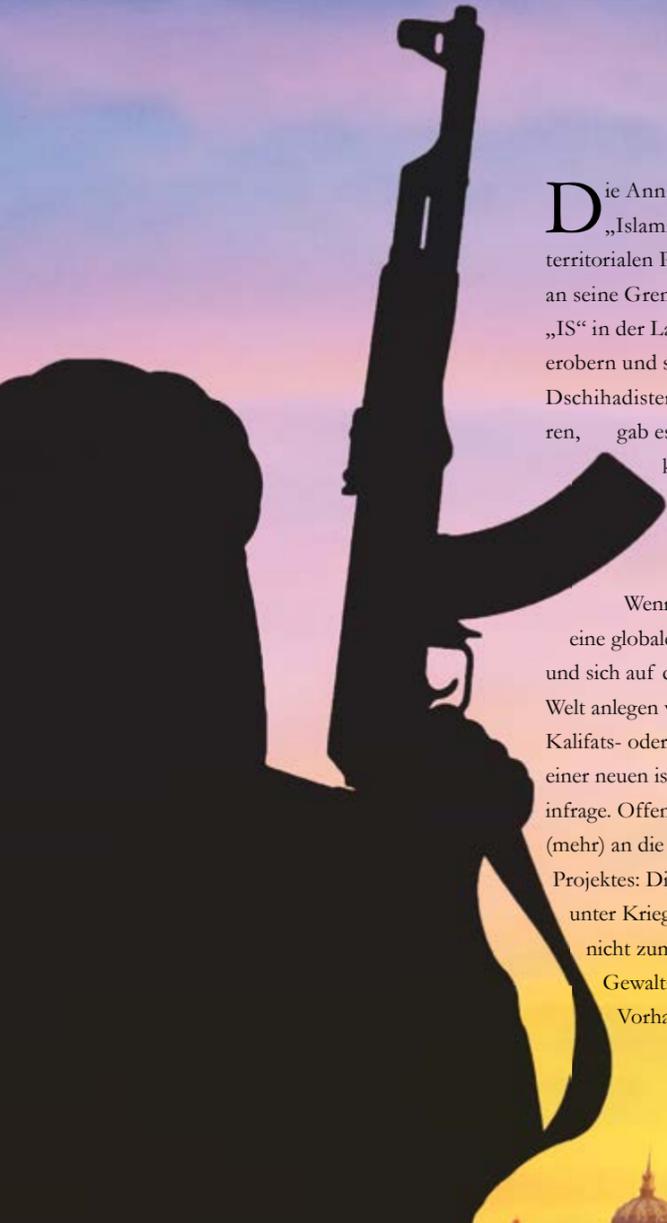
**Verbündete:** Iran, Assad-Regime, Hamas  
**Ziele:** Widerstand gegen Israel, Erhalt Assad-Regime, Abwehr von dschihadistischen Angriffen auf Libanon  
**Maßnahmen:** mil. Unterstützung des Assad-Regimes  
**Kräfte:** 8.000

## Russland

**Verbündete:** Iran, Irak, Assad-Regime  
**Ziele:** Erhalt Assad-Regime, Einfluss auf arabischer Halbinsel, Schutz russ. Einrichtungen, Kampf gegen Terror, Etablierung als globaler Akteur  
**Maßnahmen:** Versorgung, Unterstützung der syrischen Armee im Kampf gegen „IS“, Luftangriffe, Militärberater, „Joint Information Center“ in Bagdad  
**Kräfte:** ca. 4.000: v.a. Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge, Fliegerabwehr

## Israel

**Verbündete:** USA, Anti-„IS“-Koalition  
**Ziele:** Schutz Israels, Abgrenzung zum Konflikt, Verhinderung einer starken Hisbollah und des iranischen Einflusses  
**Maßnahmen:** Geheimdienstliche Aufklärung, Luftschläge, Unterstützung FSA, Drusen in Syrien



Die Annahme dazu wäre, dass der „Islamische Staat“ („IS“) mit seinem territorialen Projekt in Syrien und im Irak an seine Grenzen gestoßen ist. Solange der „IS“ in der Lage war, erfolgreich Gebiete zu erobern und sich als Anziehungspunkt für Dschihadisten aus aller Welt zu präsentieren, gab es außerhalb der Kriegsregion kaum Anschläge, obgleich die Rückkehrer-Problematik seit Jahren vorhanden ist.

Wenn nun die „IS“-Führung auf eine globale Terrorstrategie ausweicht und sich auf diese Weise mit der ganzen Welt anlegen will, stellt sie ihr ausgerufenes Kalifats- oder Staatsprojekt, den Aufbau einer neuen islamischen Gesellschaft, selbst infrage. Offenbar glaubt der „IS“ selbst nicht (mehr) an die Realisierung seines politischen Projektes: Die Festigung lokaler Herrschaft unter Kriegsbedingungen erweist sich nicht zum ersten Mal für nicht-staatliche Gewaltakteure als ein schwieriges Vorhaben.

Was den „IS“ über lange Zeit auszeichnete, war die rasche, überfallartige Eroberung von Gebieten, vor allem bedingt durch das militärische Know-how sunnitischer Offiziere der früheren irakischen Armee. Die territoriale Ausbreitung war nur möglich, weil keine Konfliktpartei bereit war, sich dem „IS“ konsequent entgegenzustellen. Im sunnitischen Kerngebiet des Iraks und in den schwach besiedelten Gebieten im Osten Syriens stieß der „IS“ auf wenig Gegenwehr, auch weil die Konfliktpartei (z.B. Türkei, Iran, Assad-Regime) den „IS“ nicht als ihren zentralen Gegner sahen. Auf erbitterten Widerstand traf der „IS“ dann, wenn er in die Gebiete anderer Bevölkerungsgruppen – wie etwa der syrischen Kurden – vorrückte wollte.

Von Beginn an war die militärische Strategie des „IS“ verbunden mit einer Brutalisierung nach innen und außen zur Abschreckung bzw. Einschüchterung von Gegnern und Bevölkerung. Die Selbstinszenierung der Grausamkeit wurde von einer professionellen Medienarbeit begleitet und so weltweit verbreitet.

Aus anderen Konflikten wissen wir, dass die Gewaltstrategie des Terrorismus vor allem in zwei Situationen gewählt wird:

1. Militärisch schwache Organisationen bzw. Kleingruppen, die sich für eine Avantgarde halten, wollen mit Anschlägen und den darauffolgenden Gegenreaktionen Aufmerksamkeit und Mobilisierung erzielen.
2. Im Zuge einer Eskalation der Lage greifen Akteure auf diese Terrorstrategie zurück, wenn sie sich militärisch unter Druck bzw. politisch auf dem absteigenden Ast sehen oder wenn es keine anderen Möglichkeiten zur Erreichung politischer Ziele mehr gibt.

Letzteres könnte beim Islamischen Staat der Fall sein. Eine ähnliche Dynamik zeigt sich auch schon länger in Mali: Das militärische Zurückdrängen der Dschihadisten, die sich 2012 in Nordmali schnell ausgebreitet hatten, führte andernorts im Land vermehrt zu Anschlägen.

Mit Blick auf den „Islamischen Staat“ dürfte diese Entwicklung daher nicht weniger Gewalt bedeuten, sondern weltweit eine erhöhte Gefahr von Terroranschlägen mit sich bringen. Sofern den Attentaten von Paris solch ein

Strategiewechsel zugrunde liegt, geht es darum, das Gewaltprogramm des „IS“ zu erweitern. Ziele sind die Radikalisierung und Polarisierung, die Verunsicherung und Spaltung westlicher Gesellschaften, die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Nicht-Muslimen und Muslimen, der Export des Bürgerkrieges und die Verwicklung des Westens in den syrisch-irakischen Konflikt.

Trotz der aktuellen militärischen Eindämmung durch viele Gegner können der „IS“ und seine Ideologie nur in Syrien und im Irak von den dortigen Konfliktparteien und von den Gesellschaften selbst bekämpft werden. Doch dazu ist bisher niemand bereit oder in der Lage. Selbst eine erfolgreiche Bekämpfung vor Ort wird das Problem des transnationalen Dschihadismus nicht lösen: Die internationalen Brigaden werden entweder zum nächsten Konflikt weiterziehen (z.B. Libyen, Jemen, Mali, Sinai in Ägypten) oder sie kehren in ihre Herkunftsländer zurück, um dort lokale, militante Gruppen zu gründen. Vor allem Länder wie Tunesien, Marokko oder Jordanien dürften gefährdet sein: Aus ihnen stammen nicht nur viele „IS“-Kämpfer, sondern diese können sich auch innergesellschaftliche Spaltungen zunutze machen.

FOKUS  ANALYSE

## WOFÜR STEHEN DIE ANSCHLÄGE VON PARIS UND BRÜSSEL?

Das Neue an den Terroranschlägen in Paris und Brüssel besteht darin, dass es sich um die ersten größten, koordinierten und erfolgreichen Anschläge des „Islamischen Staates“ in Europa handelt. Allerdings gibt es gute Gründe, diese Anschläge eher als Zeichen der Schwäche des Islamischen Staates zu deuten, auch wenn dies paradox klingen mag.

ULRICH SCHNECKENER

„Ziele sind die Radikalisierung und Polarisierung, die Verunsicherung und Spaltung westlicher Gesellschaften, die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Nicht-Muslimen und Muslimen, der Export des Bürgerkrieges und die Verwicklung des Westens in den syrisch-irakischen Konflikt.“



**Prof. Dr. Ulrich Schneckener**  
 Direktor des Zentrums für Demokratie- und Friedensforschung, Universität Osnabrück.

# EINE BEDROHUNG FÜR DEN STAAT

Terroristische Anschläge und Gewaltmaßnahmen sollen zeigen, dass der Staat seine Bevölkerung, die wesentliche Infrastruktur und die wichtigen Werte nicht schützen kann.

THOMAS PANKRATZ



Terrorismus wirkt in zwei Dimensionen, die eng miteinander verbunden sind: Die erste – direkte, unmittelbare – Ebene bringt die Menschen „aus der Fassung“: Terrorismus ist ein Akt des Tötens, der Zerstörung. Im schlimmsten Fall erfolgt dies durch Massenvernichtungswaffen oder Selbstmordattentäter. Schon die Androhung von Gewalt verbreitet Angst und Schrecken. Kennzeichnend für diese „taktische“ Ebene des Terrorismus ist, dass es konkrete Täter und konkrete Angriffsziele gibt.

Die zweite – strategische – Ebene wirkt weiter als die unmittelbaren Ziele der terroristischen Aktion, weiter als der Akt der Gewalt. Auf dieser Ebene geht es um die Motivation bzw. die Zielsetzung des Terrorismus: Stets hat er ein politisch verwertbares Ziel. Meist geht es um die Durchsetzung gesellschaftspolitischer Vorstellungen der Terroristen. Durch Gewaltanwendung oder -androhung wird eine radikale Beeinflussung der Menschen und die Änderung oder Zerstörung



1. **Zerstörung:** Terroristen versuchen durch massive Zerstörung ihre politische Botschaft zu transportieren.
2. **Wirtschaft:** Nach Terroranschlägen gehen viele Börsenkurse auf Talfahrt. Anschläge haben eine direkte Wirkung auf die Funktion der Wirtschaft.
3. **Kritische Infrastruktur:** Terroranschläge auf kritische Infrastrukturen können die Öffentliche Ordnung und Sicherheit massiv stören.



der grundlegenden Ziele des Staates bzw. der Gesellschaft angestrebt. Diese sind:

- das Überleben, die Existenz des Staates an sich;
- das reibungslose Funktionieren der politischen, gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Ordnung und der hierfür notwendigen kritischen Infrastruktur;
- die Wahrung der Souveränität, d.h. die Deutungshoheit über das eigene gesellschaftspolitische System;
- die dem System zugrundeliegenden zentralen Werte.

Die Bedrohung durch den Terrorismus ist somit vielschichtig und geht weit über die direkte Zerstörung von kritischer Infrastruktur oder die Tötung von Zivilpersonen hinaus: Terroristische Anschläge und Gewaltmaßnahmen sollen zeigen, dass der Staat seine Bevölkerung, die wesentliche Infrastruktur und die wichtigen Werte nicht schützen kann. Dadurch wird eine der zentralen Legitimationsgrundlagen des Staates untergraben. Vertrauensverlust der Bevölkerung in Staat und Politik sind die Folge, manchmal kommt es zur Destabilisierung der staatlichen Ordnung.

Ein wichtiges Ziel terroristischer Aktivitäten ist es, Gegenmaßnahmen des Staates zu provozieren. Durch verstärkte präventive oder reaktive Sicherheitsmaßnahmen werden die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen eingeschränkt. Durch terroristische Bedrohungen erhöht sich somit in Staat und Gesellschaft das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit.

# DIE KATASTROPHE

Während Terroristen bisher in Europa meist lokale Terroranschläge mit großem Medienecho verübten, steigt die Gefahr von Terroranschlägen mit Massenvernichtungswaffen.

ERWIN HAMESEDER

Im Winter 2015 und im Frühjahr 2016 wurde Europa zum Angriffsziel von Terroristen. Der „Islamische Staat“ („IS“) profitiert von der Unsicherheit, Angst und Furcht, die er durch sein grausames Handeln und die öffentlich in sozialen Netzwerken zur Schau gestellte Propaganda verbreitet. Jeder, der sich ihm entgegenstellt, so die Logik des „IS“, muss zwangsläufig mit Angriffen rechnen.

Dabei scheint ein „IS“-Angriff vor allem drei wesentliche Ziele zu haben: Erstens soll er unter dem Einsatz möglichst grenzenloser Gewalt viele Opfer fordern; zweitens sollen das Vorgehen und dessen Folgen in den Online-Medien Publizität erhalten und drittens sollen damit Unsicherheit, Furcht und Instabilität in den Anschlagsländern gesteigert und so der eigene Verfolgungsdruck reduziert werden.

Der „IS“ hat 2015 im Irak nachweislich Giftgas eingesetzt und damit deutlich gemacht, dass sein Vorgehen keine ethischen Grenzen kennt. Neben der Entgrenzung von Gewalt spielen aber auch die Fähigkeiten des „IS“ eine wesentliche Rolle: Nach einhelliger Expertenmeinung stehen ihm mehr Ressourcen als je einer Terrororganisation zuvor zur Verfügung.

Für Österreich bedeutet dies, dass wir uns im Sinne der Umfassenden Sicherheitsvorsorge im gesamtstaatlichen Kontext – Staat,

Gesellschaft und Unternehmen – gemeinsam auf einen katastrophalen Terrorismus vorbereiten müssen. Eine auf KSÖ-Einladung erfolgte Experten-Risikoanalyse betreffend chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Bedrohungen (2015–2016) hat ressortübergreifend analysiert, dass für Österreich vor allem biologische Wirkmittel und Kampfstoffe eine erhebliche Gefahr darstellen.

Beispielsweise hätte ein bioterroristischer Angriff auf Österreich mit Pockenviren verheerende Folgen. Daher ist es umso wichtiger, dass österreichische Bundesheer (inklusive Miliz), Polizei, Einsatzkräfte und Unternehmen der kritischen Infrastruktur bei der Analyse und Abwehr solcher Bedrohungen zusammenarbeiten. Heute müssen wir an geeigneten Konzepten für Schutz, Ausbildung und Ausrüstung arbeiten sowie Verfahren und Übungen entwickeln, die der Steigerung der in der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) geforderten Resilienz im Bund und den Ländern dienen.



**Brigadier Mag. Erwin Hameseder**  
Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien

*Die Bedrohung mit chemischen, biologischen, radioaktiven und nuklearen Wirkmitteln ist mit einem auf Katastrophen ausgerichteten Terrorismus mehr als real.*



# KOMMUNIKATION HILFT DEM TERRORISMUS

Terrorismus wird oft als Strategie zur Verbreitung von Angst und Schrecken beschrieben. Peter Waldmann bezeichnete ihn als Kommunikationsstrategie. Die Nutzung von Massenmedien steigert die Bekanntheit von Terrororganisationen und macht die Wirkung von Attentaten weithin sichtbar.

ANTON DENG

Für Terroristen hat das Medium Internet eine zentrale Bedeutung: Genutzt wird es von der Verbreitung ideologisch geprägter Propaganda, über die Rekrutierung neuer Kämpfer, bis hin zur Finanzierung und Vorbereitung terroristischer Aktivitäten.



die Bedeutung von Medienauftritten und die Anwendung einer professionellen Medienstrategie.

### Neuer Terrorismus: Cyberattacken

Eine selbstdeklarierte „Cyber Caliphate“ - Gruppierung könnte bereits für mehrere Cyberangriffe im Westen verantwortlich sein. So soll der „IS“ im Januar 2015 Angriffe auf den Twitter-Account sowie den YouTube-Kanal des – für den Nahen Osten verantwortlichen – US-Streitkräftekommandos Central Command ausgeübt haben. Auch mehrere US-Städte und ganz Großbritannien sollen 2015 mehrfach „IS“-Cyberangriffen auf die Infrastruktur ausgesetzt gewesen sein.

### Propaganda und Einsatznetzwerk

Die Perfektionierung audiovisueller Propaganda mit aufwändig inszenierten Gräu-

taten in Online-Medienformaten wie z.B. „Inspire“ (Al-Qaida) oder „Dabiq“ („IS“) zeigen die Professionalität terroristischer Akteure. Mehr als 20.000 abenteuerlustige Sympathisanten sollen durch „Online-Videos“ auf Twitter, die heroisch anmutende

Taten zeigen, zum Kampf für den Islamischen Staat rekrutiert worden sein, was die „Werbewirksamkeit“ dieser Medien belegt. Zudem kursieren Informationen über den Verkauf von Sex-Sklavinnen via Facebook. Europol meldet, dass auch mögliche Terroranschläge mit atomaren, biologischen und chemischen Stoffen in sozialen Netzwerken thematisiert werden: in einschlägigen Foren finden sich Bauanleitungen, Einsatzrichtlinien für Massenvernichtungswaffen und Diskussionsbeiträge. Berichten zufolge wurden seit Mitte 2015 über 120.000 Twitter-Accounts von „IS“-Anhängern gesperrt.

### Steigende Mediennutzung

Im Jahr 2014 wurden in Bezug auf die Aktivitäten und die Präsenz des Islamischen Staates auf Twitter täglich etwa 200.000 tweets und re-tweets von „IS“-Mitgliedern und Sympathisanten gezählt. Im Herbst 2014 wurden etwa 46.000 Twitter-Accounts von Unterstützern des „IS“ genutzt. Aktuellen Berichten zufolge

wurden Anfang 2016 bereits etwa 90.000 Twitter-Accounts von „IS“-Sympathisanten gezählt. Die Propagandaorganisation des „IS“ erzeugte im Jahr 2015 ca. 7.000 Propagandaprodukte, die durch 43 Medienstellen des „IS“ weltweit verbreitet und zumindest in 50 Staaten gefunden wurden. Die Folgerung daraus ist, dass effektive Gegenmaßnahmen vor allem die Inhalte und Botschaften des „IS“ unschädlich machen müssen.

**Oberst Mag. Anton Dengg**  
 Referatsleiter Konfliktbild am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien  
*Terrorismus ist auf die Medien angewiesen, ohne Berichte über terroristische Gräueltaten gibt es keine großflächige Verbreitung von Angst und Schrecken.*

Wesentliche Botschaften des „IS“ werden im Internet verbreitet; sie sollen die Verletzlichkeit staatlicher Akteure plakativ zeigen.

### Mediensysteme als Verstärker

Um als „glaubwürdige“ Terrororganisation international wahrgenommen zu werden, braucht es politisch und gesellschaftlich einschneidende Anschläge mit möglichst globaler Publizität. Je mehr Aufsehen die terroristische Aktivität erregt, desto größer ist die Wahrnehmung in den Massenmedien. Terrorismus ist auf die Medien angewiesen. Ohne Berichte über terroristische Gräueltaten gibt es keine großflächige Verbreitung von Angst und Schrecken. Neben dem Fernsehen sind das Internet und insbesondere soziale Netzwerke die dominierenden Medien. Aussagen von Al-Qaida-Mitgliedern, wonach heute der Heilige Krieg mit dem Schwert und dem Schreibstift zu führen ist, belegen

# BERICHT VON EUROPOL ZU TERRORISMUS

Die europäische Polizeibehörde EUROPOL verfasst jährlich einen Bericht zu Terrorismus in Europa. Der aktuelle EUROPOL - Bericht wurde im Juli 2016 veröffentlicht und behandelt das Jahr 2015. Grundsätzlich wird in diesem Bericht zwischen folgenden Arten von Terrorismus unterschieden: religiös motivierten, ethno-nationalistischen, linksextremen/anarchistischen, rechtsextremen sowie auf Einzelthemen bezogenen.

Im Jahr 2015 wurden in Folge terroristischer Angriffe EU-weit 151 Personen getötet und über 360 Personen verletzt, 211 Terroranschläge scheiterten, wurden vereitelt oder ausgeführt. Allein im November 2015 starben bei den Terroranschlägen in Paris 130 Menschen, 352 Personen wurden verletzt, davon 97 schwer.

Signifikant war der Anstieg der Festnahmen von Terrorverdächtigen, insbesondere mit dschihadistischem Hintergrund. Von den insgesamt wegen Verdacht auf Verbindungen zum Terrorismus im Jahr 2015 festgenommen 1077 Personen wurden die meisten aufgrund religiös motivierter terroristischer Angriffe eingesperrt (687 Personen – zum Vergleich: 2014 waren es 395 Personen), 11 Personen in Bezug auf rechtsextremen und 67 Personen in Bezug auf linksextremen Terrorismus.

Anzahl der Festnahmen wegen islamistischen Terrorismusverdacht



Quelle: EU - Situations- und Trendbericht zu Terrorismus, European Police Office, Den Haag, 2016

Gleichzeitig ist beim rechtsextremen Terrorismus ein massives Ansteigen erkennbar. Gerade die Anti-Migrationsbewegungen, aber auch Anti-Islam Bewegungen bilden hier die Grundlage. Auch wenn die Anzahl an Festnahmen gegenüber 2014 von 34 auf 11 im Jahr 2015 gefallen ist, so ist die Anzahl der Anschläge von null im Jahr 2014 auf neun im Jahr 2015 hinaufgeschneit.

Glücklicherweise wurden im Jahr 2015 in der EU keine terroristischen Angriffe mit chemischen, bakteriologischen, radiologischen oder nuklearen Substanzen durchgeführt, obwohl in der Propaganda des „IS“ immer wieder dazu aufgerufen wird. Insbesondere Atomkraftwerke und Atomwaffen in der EU sind offensichtlich wichtige Ziele für religiös motivierte Terrorgruppierungen, da sie bei einer gelungenen Terrorattacke nicht nur weite Gebiete kontaminieren könnten, sondern auch das sozio-ökonomische System eines Staates massiv treffen würden.

FOKUS INTERVIEW

# „WIR MÜSSEN TRUPPEN HABEN, DIE SICH AUCH IM KAMPF GEGEN TERRORISTEN BEHAUPTEN KÖNNEN“

Im FOKUS-Interview präsentiert Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil seine Anliegen für die zukünftige Umfassende Landesverteidigung und das Österreichische Bundesheer.

**FOKUS: Herr Bundesminister, Terrorismus ist nicht neu, sondern eine altbekannte Bedrohung. Was hat sich verändert und wohin geht die Entwicklung?**

**Doskozil:** Aus früheren Jahrzehnten kennen wir Terroranschläge, wenn sich eine Minderheit vom Staat gewaltsam abspalten wollte oder es gab Attentate aufgrund extremer ideologischer Einstellungen. Heute sind wir konfrontiert mit Terrorismus, der international vernetzt ist, der strategisch vorgeht, modernste Kommunikationsstrategien nutzt und durch massive Gewalt ein großes Gebiet erobert hat, wie z.B. in Syrien und im Irak. Wir sind in Europa konfrontiert mit Sympathisanten, mit Menschen, die wie Sie und ich ein normales Leben führen und plötzlich ein Massaker anrichten. Aus meiner Sicht entscheidend ist beim heutigen Terrorismus die Nutzung der Massenmedien, durch die Anschläge erst ihre Wirkung entfalten, sowie seine religiös endzeitliche Motivation.

**FOKUS: Inwiefern können Terroranschläge ein Angriff auf den Staat sein?**

**Doskozil:** Gerade die aggressive Angriffsführung der Terroristen bringt neue Bedrohungen für uns. Eine Terrororganisation wie der „Islamische Staat“ hat das Ziel, unser Modell der rechtsstaatlichen Demokratie zu zerstören und stattdessen einen mittelalterlichen Gottesstaat, ein Kalifat, auch hier zu errichten. Wenn die Terroristen diese Strategie weiterhin verfolgen und wir sie nicht kompromisslos daran hindern, werden die Anschläge mehr und mehr auf verwundbare Stellen der Staaten und auf immer größeren Schaden abzielen. Hauptziel des Terrors ist aber die Bevölkerung – diese gilt es daher mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten zu schützen.

**FOKUS: Wo sehen Sie in diesem Szenario die Aufgaben des Bundesheeres?**

**Doskozil:** Eines ist klar: Wenn die Terrorangriffe über ein gewisses Maß hinausgehen, wenn sie zur Gefahr für die Souveränität, für die

staatliche Ordnung Österreichs werden, dann kann das die Polizei nicht mehr alleine bewältigen. Zunächst wird das Bundesheer die Polizei mit einem sicherheitspolitischen Assistenzinsatz verstärken. Nimmt die Bedrohung zu, so ist es für mich gut vorstellbar, in den Modus der Landesverteidigung umzuschalten. Damit kann das Bundesheer auf dem Boden und in der Luft alle Einsatzverfahren anwenden, die notwendig sind, um terroristische Bedrohungen auszuschalten. Darüber hinaus müssen wir in so einem Szenario andere Organisationen bei der Versorgung und beim Schutz der Bevölkerung unterstützen.

**FOKUS: Reichen die vorhandenen Rechtsgrundlagen aus, um das Bundesheer gegen terroristische Angriffe einzusetzen?**

**Doskozil:** Die Aufgaben des Bundesheeres sind Teil des Verfassungsrechtes. Wenn Terrorangriffe unter einer bestimmten Schwelle bleiben, wird das Bundesheer sicherheitspolitische Assistenz leisten. Treffen diese Angriffe die Republik jedoch massiv, so ist es denkbar, dass auf Entscheidung der Bundesregierung der Verteidigungsfall ausgerufen wird. Die Art und Intensität der jüngsten Terrorattacken zeigen uns, dass wir insbesondere die Schnittstellen zwischen Assistenz und Landesverteidigung in Bezug auf militärische Einsätze und Waffengebrauch rechtlich besser ausgestalten müssen. Tun wir das nicht, so könnte eine Sicherheitslücke für die Österreichische Bevölkerung offen bleiben.

**FOKUS: Wie werden Sie das Österreichische Bundesheer auf diese Bedrohung vorbereiten?**

**Doskozil:** Die Basis allen Handelns ist unsere Fähigkeit zur militärischen Landesverteidigung, die wir je nach Bedrohungslage in einem bestimmten Umfang und einer bestimmten Zeit gewährleisten müssen. Moderne Streitkräfteentwicklung bedeutet auch, dass wir die Organisation, Einsatzverfahren und Ausrüstung des Bundesheeres laufend anpassen. Viel ist notwendig, um dem transnationalen Terrorismus entgegentreten zu können. Wir müssen auf internationa-

”  
**Hans Peter Doskozil**  
 Bundesminister für  
 Landesverteidigung und Sport  
*Wir stehen zunehmend vor neuen Herausforderungen, die direkt unsere Gesellschaft betreffen und gesamtstaatlich gelöst werden müssen.*  
 “



streitkräfte neu, um ausreichend Krisenreaktionskräfte für die aktuellen Herausforderungen zur Verfügung zu haben.

**FOKUS: Welche Maßnahmen der Umfassenden Sicherheitsvorsorge sind notwendig, um die Resilienz Österreichs zu stärken?**

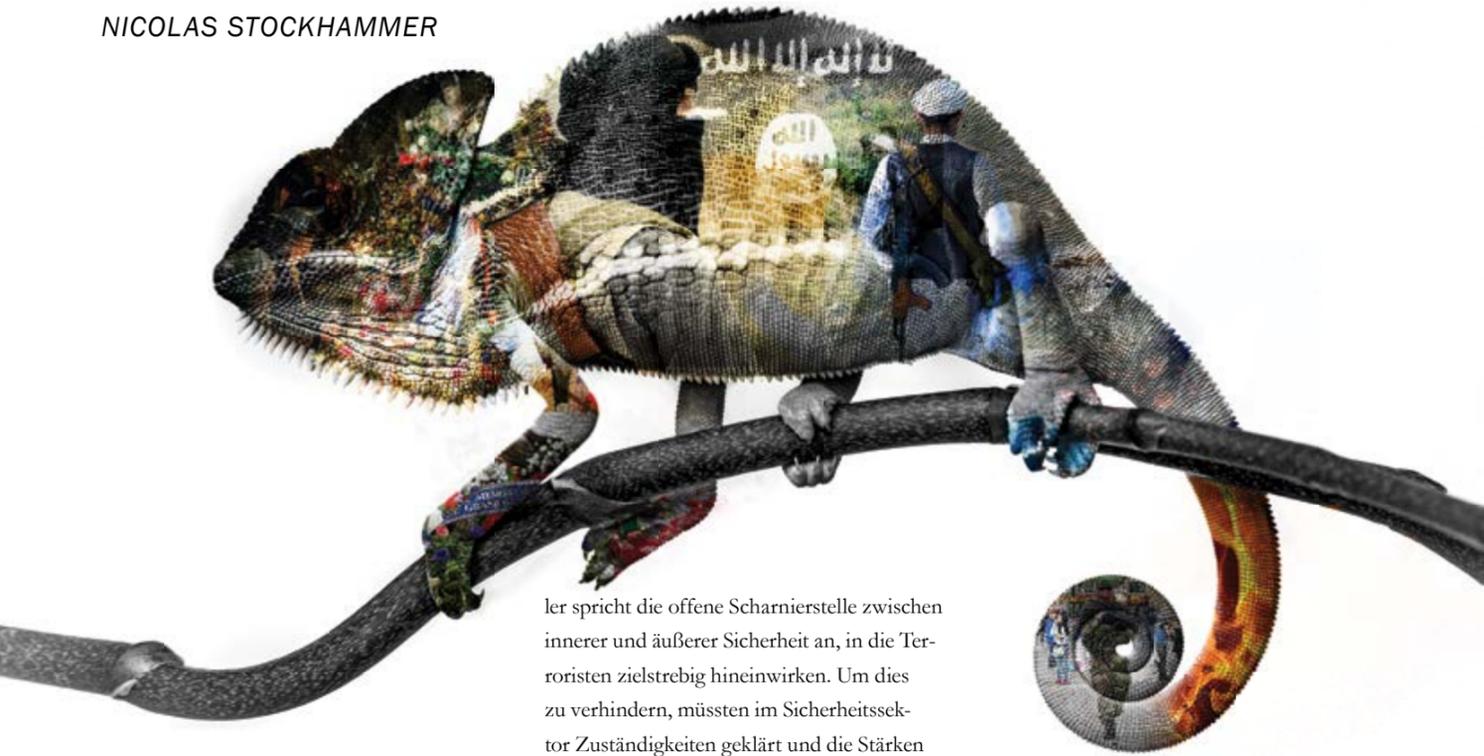
**Doskozil:** Die Umfassende Sicherheitsvorsorge ist sehr wichtig für Österreich. Ich habe den Eindruck, dass diese in der letzten Zeit nicht ausreichend Beachtung gefunden hat. Umfassende Sicherheitsvorsorge ist eine vorausschauende Strategie zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Neben der Modernisierung unserer Sicherheitskräfte ist es notwendig, in Österreich ausreichende Bestände zur Versorgung der Bevölkerung zu lagern. Es ist notwendig, die lebensnotwendigen IT-Strukturen gegen Cyber-Angriffe widerstandsfähig zu machen, genauso wie wir die Energieversorgung in Österreich für Krisensituationen besser vorbereiten müssen. Besonders wichtig ist mir die Weiterentwicklung der staatlichen Führungsstrukturen und des staatlichen Lagebildes im Sinne der umfassenden Sicherheit Österreichs. Aber auch die Umfassende Landesverteidigung muss angesichts der Bedrohungslage wiederbelebt werden. Die Umfassende Landesverteidigung ist in Österreich bekanntermaßen die beste Strategie gegen Terrorismus.

ler Ebene Informationen über die Terrornetzwerke austauschen. Wir müssen in Österreich ein gesamtstaatliches Lagebild haben, dem unsere Nachrichtendienste zuarbeiten. Wir müssen politische Entscheidungsabläufe und die Führung im Bundesheer so anpassen, dass wir in sehr kurzer Zeit wichtige Entscheidungen treffen und die nötigen Kräfte schnell in den Anti-Terrorereinsatz bringen können. Wir müssen Truppen haben, die sich auch im Kampf gegen Terroristen behaupten können. Wir benötigen auch Einheiten, die bei großen Schadenslagen die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen schützen. Mit der neuen Struktur entwickeln wir das Bundesheer in diese Richtung weiter. Zum Beispiel organisieren wir die Brigaden im Bereich der Land-

# DER HYBRIDE TERRORISMUS – EIN WAHRES CHAMÄLEON

Sprengstoffe entfalten erst in Kombination der passenden chemischen Substanzen ihr Explosivpotential. Genau so entsteht eine hybride Bedrohung durch das Zusammenwirken verschiedener Gewaltelemente, die gemeinsam eine wesentlich größere Gefahr erzeugen. Ähnlich verhält es sich mit dem staatsgefährdenden Terrorismus, wie namhafte Experten auf einer Terrorismuskonferenz im Juni 2016 feststellten.

NICOLAS STOCKHAMMER



ler spricht die offene Scharnierstelle zwischen innerer und äußerer Sicherheit an, in die Terroristen zielstrebig hineinwirken. Um dies zu verhindern, müssten im Sicherheitssektor Zuständigkeiten geklärt und die Stärken der jeweiligen Ressorts zielorientiert eingesetzt werden. Wesentlich für die Terrorismusabwehr sei der Faktor „Zeit“: Mit dieser Ressource müsse man sorgsam umgehen. Angesichts der gravierenden sicherheitspolitischen Herausforderung bedarf es deshalb einer uneingeschränkten gesamtstaatlichen Kooperation, Münkler spricht von einem „klugen Mix an Maßnahmen“, um den Netzwerken des Terrorismus Netzwerke der Terrorabwehr entgegenzusetzen.

Das wiederum setzt voraus, dass man die Logik des Terrorismus für die Sicherheitsbehörden nachvollziehbar macht, was dem Augsburger Soziologen Peter Waldmann mit seinem Beitrag gelungen ist. Waldmann wies auf die dschihadistische Strategie hin, heimlich inmitten unserer staatlichen Strukturen zuschlagen zu können. Netzwerke der Terrorzellen seien „schwer zu

unterwandern“, würden geschickt mit Gewalt operieren und diese kommunikativ ausschalten. Dem transnationalen Terrorismus sei „das Ethos des ökonomischen Gewalteinsatzes“ (Waldmann) abhandengekommen: Bei einem Anschlag spiele es nunmehr keine Rolle mehr, wie viele Opfer es gibt, es müssen bloß der ideologische Zweck und eine größtmögliche Publizität erreicht werden. Auch die symbolische Dimension von Terroranschlägen (z.B. Brüssel steht für Europa) sei nicht zu vernachlässigen. Sämtliche Angriffe des politisch und militärisch unterlegenen Akteurs richteten sich direkt auf das staatliche Gewaltmonopol und die Glaubwürdigkeit des Staates als legitimierten „Sicherheitsgewährleister“. Waldmann beobachtet eine „Eskalationsdynamik“ des transnationalen Terrorismus, die „typisch für asymmetrische Konstellationen“ sei. Die ursprüngliche „Technik der Nadelstiche“ sei von

einer brachialen Gewaltstrategie abgelöst worden. In Kontrast zu Münkler betonte Waldmann die Notwendigkeit einer „territorialen Rückbindung“ für Terrororganisationen, etwa des „IS“ auf das „Kalifat“, das die Terrormiliz als einen unerlässlichen Rückzugsort betrachtet. Hiermit sei offenkundig ein Strategiewechsel des „IS“ verbunden.

Ähnlich sieht das der Politologe Ulrich Schneckener, der in der Umstellung des „Islamischen Staates“ auf eine globale Terrorstrategie ein „in Frage stellen“ der eigenen Kalifats-Utopie erkennt. Die vom „IS“ „organisierten“ Anschläge (v.a. Paris/Brüssel) entspringen einer Ablenkungs- bzw. Kompensationsstrategie und seien eher ein Zeichen der (militärischen) Schwäche. Die Ausdehnung der „Kampfzone“ und die fortschreitende Eskalation sollten eine militärische Gegenreaktion provozieren, um westliche Gesellschaften nachhaltig zu polarisieren und zu radikalisieren.

Strukturell weise der transnationale Terrorismus laut Schneckener grenzüberschreitende Netzwerkstrukturen mit „nicht-staatlicher Unterstützung“ auf. Ebenso seien ein „erhöhtes Zerstörungspotential“ und „verstärkte mediale Effekte“ ins Kalkül zu ziehen. Taktisch habe man sich eher simplen, wenig aufwendigen Anschlagsszenarien in Kombination verschiedener Gewaltformen und Bewaffnungsvari-

## WESENTLICHE KENNZEICHEN DES TRANSNATIONALEN TERRORISMUS

- Terrororganisationen wie der „IS“ sind „anarchisch“ lernfähig, dezentral strukturiert und operieren verdeckt im Zielstaat.
- Der Terrorismus im 21. Jahrhundert ist übernational und vernetzt. Anschläge auf weiche Ziele in Europa könnten auch ein Ablenkungsmanöver sein.
- Terroristische Gewalt mit einem erhöhten Zerstörungspotential ist eine Kommunikationsstrategie.
- Die Terroristen agieren hochgradig flexibel und passen sich effektiv an veränderte Sicherheitsumgebungen an.
- Terrorangriffe auf die staatliche Sicherheit und Stabilität sollen ein unstrukturiertes Gegenhandeln der Sicherheitsbehörden bewirken.
- Zeit ist eine wesentliche Ressource in der Terrorismusabwehr, übergreifende (=vernetzte) Kooperation ist dazu unerlässlich.
- Terrorismus zielt bewusst auf die Schnittstelle zwischen innerer und äußerer Sicherheit.

anten (Schnellfeuergewehre und Sprengstoff) verschrieben. Vom Täterprofil her überwiegen derzeit radikalisierte Kleinkriminelle, die von den Drahtziehern des „IS“ geschickt instrumentalisiert werden. Die Kenntnis dieser Strukturen, Entwicklungen und Effekte sei für eine erfolgreiche Terrorabwehr entscheidend.

Aus dem behaupteten erhöhten Zerstörungspotential ist jedenfalls eine kurzfristige Paralyse des Staates in der Ernstlage abzuleiten,

zumal etwa in Brüssel das öffentliche Leben (insbesondere die Verkehrsinfrastruktur) für mindestens zwei Tage vollends zum Erliegen kam. Denn schlussendlich sind die „Markt- und Zivilgesellschaft das unmittelbare Ziel von Terroranschlägen“ (Münkler), deren Schutz die Kernaufgabe des Staates ist. Dass die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit des Staates wiederum die Grundlage für die Einhaltung dieser Schutzverantwortung ist, steht außer Zweifel.

## WERDEN DIE TERRORISTISCHEN ANGRIFFE MITTELFRISTIG DIE SOUVERÄNITÄT VON NATIONALSTAATEN IN EUROPA SCHWÄCHEN?

Der Territorialstaat, wie er in Europa im Übergang vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit entstanden ist, weist infolge seiner Verbindung von Territorialität, Bevölkerung und Souveränität einen Grad von Verwundbarkeit auf, wie ihn Netzwerkorganisationen, denen diese drei Merkmale des Staates nach Georg Jellinek abgehen, nicht kennen. Deswegen waren die institutionellen Flächenstaaten auch bestrebt, sich als Monopolisten der Politik zu etablieren und Netzwerkorganisationen (wie die Ritterorden oder auch die Kaufmannshansen) zu zerschlagen oder zurückzudrängen. Die terroristischen Orga-

nisationen, die seit dem 19. Jahrhundert den Staat herausfordern, stehen in der Nachfolge dieser entkörperlichten früheren Akteure, die durch ihre Gestalt Vulnerabilität reduziert und Aktionsmacht erhöht haben.

Die Souveränität des Staates wird durch eine Fülle von Entwicklungen in Frage gestellt und bedroht, in die dann auch die terroristische Herausforderung einzuordnen ist. Die naheliegende Antwort auf diese Herausforderung ist Kooperation, vom Informationsaustausch der Dienste bis zur Auslieferung von Tatverdächtigen. Kooperation stellt

Souveränität nicht grundsätzlich in Frage, sondern kann ihre Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung sogar stärken. Nur fortgesetzte Niederlagen würden hier das Gegenteil bewirken – ebenso wie eine falsche Begriffswahl von Politikern nach Terroranschlägen, die nicht die zentrale Asymmetrie in der Konfrontation von Staat und Netzwerk im Auge behalten: die Zeit.



**Prof. Dr. Herfried Münkler**

Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität Berlin

# DAS SOUVERÄNE RECHT AUF SICHERHEIT

Im Rahmen einer durch die Direktion für Sicherheitspolitik im Juni 2016 veranstalteten Konferenz haben sich nationale und internationale Rechtsexperten zu den rechtlichen Grundlagen des Einsatzes von Streitkräften bei Terrorangriffen auseinandergesetzt.

CHRISTIAN STADLER

Grundlage wie Grenze jedes liberal verfassten Gemeinwesens ist seine institutionalisierte Befähigung, umfassende Sicherheit für seine Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Den Kern dieser Gewährleistung bildet neben der Sicherheit für Leib und Leben die Sicherstellung jener freiheitlichen Selbstbestimmung, welche gerade die Legitimationsgrundlage für einen liberal-demokratischen Rechtsstaat darstellt. Voraussetzung für das Funktionieren eines liberalen Rechtsstaates ist dabei seine Souveränität, das öffentliche Leben nach demokratisch bestimmten Vernunftprinzipien zu gestalten. Transnationaler Terrorismus bedroht genau diese Souveränität eines liberalen Gemeinwesens.

Der Kölner Staatsrechtler Otto Depenheuer spricht in seinem Diskussionsbeitrag davon, dass das „Strukturprinzip aller Herrschaft“ der Tausch „Sicherheit gegen Gehorsam“ sei und sich allein schon aus diesem Zusammenhang die wesentliche Bedeutung von „Sicherheit“ für einen freiheitlich demokratischen Rechtsstaat ergebe. Die zentrale Bedrohung für einen Rechtsstaat sei dabei der „Kontrollverlust“, der sich in der Folge der „terroristischen Negation“ der staatlichen Souveränität einstelle. Im Lichte dieser Grundzusammenhänge sei nunmehr die Frage zu klären, ob es sich bei der „terroristischen Negation“ staatlicher Souveränität um herkömmliche „Kriminalität“ oder doch um einen „Verteidigungsfall“ handle, also ob man mit den Regulatorien der sicherheitspolizeilichen Kriminalitätsbekämpfung unter staatsrechtlichen Normalbedingungen das Auslagen finden könne, oder ob man doch mit einer die „Normallage“ bürgerlicher Lebensvollzüge

überschreitenden Sicherheitsbedrohung konfrontiert sei, die strukturell eine „militärische Verteidigung“ erfordere.

Was jedenfalls nicht auf Dauer angehen könne, so Depenheuer, sei, dass „die Polizei zwar zuständig, aber faktisch nicht fähig sei, dem Terrorismus effektiv zu begegnen und das Militär zu so einer effektiven Reaktion zwar strukturell fähig, aber dazu kompetenzrechtlich nicht ermächtigt sei.“ Damit würde der demokratische Rechtsstaat genau jene sicherheitsrechtliche Grauzone schaffen, auf die der transnationale Terrorismus (so Herfried Münkler) regelmäßig abziele.

**Prof. Dr. Otto Depenheuer**  
Seminar für Staatsphilosophie und Rechtspolitik der Universität Köln

*Es kann nicht angehen, dass die Polizei zwar zuständig, aber faktisch nicht fähig sei, dem Terrorismus effektiv zu begegnen und das Militär zu so einer effektiven Reaktion zwar strukturell fähig, aber dazu kompetenzrechtlich nicht ermächtigt ist.*

Ausgehend von seiner Grundthese, dass der Rechtsstaat existenziell darauf angewiesen ist, Sicherheit für seine BürgerInnen zu gewährleisten, führt Depenheuer in weiterer Folge aus, dass im Lichte terroristischer Bedrohung entweder die sicherheitspolizeiliche Normallage über die (liberal-demokratischen) Maße hinaus gleichsam „bellizistisch“ angereichert werden muss oder aber etwa eine verfassungsrechtliche „Ernstfall-Lage“ zu entwickeln sei.

Diese ist – unter Achtung der grundlegenden Prinzipien liberaler Rechtsstaatlichkeit – dennoch geeignet, im – seltenen – Falle eines tatsächlichen terroristischen Angriffs auf seine Souveränität das funktional notwendige rechtsstaatlich genau fixierte Instrumentarium zu einer erfolgreichen militärischen Verteidigung zu besitzen – man könnte davon sprechen, dass es beim rechtlich normierten Ernstfall im Kern um den „gehegten Ausnahmezustand“ (frei nach Carl Schmitt) gehe.

Der Wiener Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk hat in seinem Diskussionsbeitrag zunächst das zentrale „Maßstab-Dilemma“ jedes Rechtsstaates angesprochen, das darin bestünde, die „Bedingungen der eigenen Wirksamkeit nicht garantieren zu können“, da jedenfalls alles Staatshandeln (regulativ wie exekutiv) „bestimmten Rechtsgrundsätzen“ zu folgen habe, wie etwa „grundrechtlichen Gewährleistungen“. Davon unberührt sei allerdings – im Lichte des Gebotes staatlicher Funktionalität und Zweckmäßigkeit – die kritische Hinterfragung zur Zeit gegebener interministerieller Kompetenzzuweisungen. Es sei zwar unbestritten „militärische Landesverteidigung“ Kernaufgabe des Bundesheeres und „Sicherheitspolizei“ Kernaufgabe der zivilen Staatsgewalt – aber worin genau „militärische Landesverteidigung“ bestehe bzw. wie weit sie reiche – das sei nicht in Stein gemeißelt, da es sich um eine „definierbare Funktion“ eines Staatsorgans handle.

Eine besondere Herausforderung stelle die Abgrenzung der „militärischen Landesverteidigung“ vom „Assistenzeinsatz“ des Bundesheeres für die und unter Führung der zivilen

Gewalt dar. Das Dilemma besteht aber darin, dass auch im Falle der „Assistenz“ – wenn auch quantitativ verstärkt – weiterhin nur mit Methoden der „inneren Sicherheit“ reagiert werden könne, sowohl was die einzusetzenden Waffensysteme, als auch die entsprechenden Einsatzmethoden sowie Einsatzrechtsgrundlagen betrifft. Assistenzeinsatz kann man als „more of the same“ charakterisieren – und es dürfe, so Funk, gefragt werden, ob dies in allen Fällen terroristischer Bedrohung sachlich und funktional gerechtfertigt sei.

Der Sektionschef des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt, Dr. Gerhard Hesse, eröffnete sein Statement mit der Feststellung, dass Überlegungen, die Komplexität terroristischer Angriffe über die Rechtsfigur „Umfassende Landesverteidigung“ (Art 9a B-VG) in den Griff zu bekommen, scheitern dürften, soweit

Terrorabwehr nicht unter „Militärische Landesverteidigung“ (Art 79 B-VG) als Teiltatbestand der Umfassenden Landesverteidigung falle, da ansonsten kein geeigneter Anknüpfungspunkt für militärisches Einschreiten des Bundesheeres gegeben wäre. Hesse sieht in einer rein quantitativen Vervielfältigung von kriminellen terroristischen Einzelakten noch keinen Grund, diesbezüglich von einem Fall „militärischer Landesverteidigung“ zu sprechen, selbst wenn diese kriminellen Einzelakte der Terroristen mit z.B. chemischen Waffen durchgeführt würden. Er stellte nicht in Abrede, dass diesbezügliche Fähigkeiten beim Bundesheer lägen (ABC-Abwehr), diese sei dann aber über den Weg der „Assistenz“ im Rahmen der zivilen Gewalt einzusetzen. Hesse sprach aber auch davon, dass im Falle, dass ein Staat „in seiner Gesamtheit angegriffen würde“ bzw. die „Totalität des Staatsgebietes,

des Staatsgefüges“ bedroht sei, die Situation wohl in Richtung „militärischer Landesverteidigung kippen“ würde.

Im Zuge der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde von Abg.z.NR Otto Pendl (Sicherheits Sprecher der SPÖ) darauf hingewiesen, dass im Falle sicherheitsgefährdender kompetenzrechtlicher Dysfunktionalitäten diesbezüglich sowohl zeitnahe zur Konkretisierung der relevanten Kompetenzfragen eine parlamentarische Enquete als auch ggf. die notwendigen legislativen Schritte anzudenken seien, um Österreich jedenfalls auch verfassungs- bzw. kompetenzrechtlich in die Lage zu versetzen, den spezifischen Sicherheits Herausforderungen, die ein terroristischer Angriff auf Österreich mit sich bringe, angemessen im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung begegnen zu können.



- 1. Grundlagen:** Nationale und internationale Rechtsexperten diskutierten die Grundlagen des Einsatzes von Streitkräften nach Terroranschlägen
- 2. Klare Kompetenzverteilung:** Verteidigungsminister Doskozil forderte einen offenen und breiten Diskurs um die Kompetenzen der wesentlichen Akteure für die österreichische Sicherheit zu klären.
- 3. Terroranschlag in Brüssel:** Direktor Oberst Philippe Van Gyseghem referierte über die immensen Herausforderungen an die belgischen Behörden nach den Terroranschlägen in Brüssel.
- 4. Weiterentwicklung:** Der Generalstabschef des Bundesheeres, General Othmar Commenda umschrieb die Grundlagen und Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Bundesheeres.



**KRISENREAKTIONSMAßNAHMEN  
IN FRANKREICH**

Schon im Jänner 2015, nach den Angriffen auf die Redaktion der Zeitschrift Charlie Hebdo und einer Geiselnahme in einem jüdischen Supermarkt in Paris startete die Operation „Sentinelle“ (Wachposten) mit starker Militärpräsenz zum Schutz von sensiblen und belebten Orten in ganz Frankreich.

Zum Zeitpunkt der Attentate am 13. November 2015 waren somit bereits die höchste Terrorwarnstufe ausgegeben und beträchtliche Einsatzkräfte vor Ort, die zur Unterstützung der Polizeikräfte herangezogen werden konnten.

Die ersten Schritte der französischen Regierung waren die Ausrufung des Ausnahmezustandes und die Ergreifung von Maßnahmen nach dem Notstandsplan „Rouge“. Ein einwöchiges Versammlungsverbot wurde erlassen.

Der Bevölkerung wurde geraten, die Häuser nicht zu verlassen und öffentliche Plätze zu meiden. Eine dreitägige Staatstrauer wurde ausgerufen.

Präsident Hollande sprach von einem kriegerischen Akt und in weiterer Folge rief Frankreich die EU-Mitgliedstaaten um Beistand nach Artikel 42 des EU-Vertrages auf. Die Partnerstaaten sollten vor allem das internationale Engagement Frankreichs im Kampf gegen den islamischen Terrorismus etwa in Afrika unterstützen.

Grenzkontrollen wurden eingeführt und Reservisten einberufen. Innerhalb eines Tages wurden die Anzahl der eingesetzten Soldaten auf 10 000 Mann landesweit erhöht.

Das Schwergewicht der Sicherheitspräsenz bildete von Beginn an die Region Ile de France mit der Hauptstadt Paris. Bis zu 7000 Soldaten sind seitdem täglich im Einsatz und zunehmend geht das Militär zu einer mobilen Einsatzführung über.

Überwachen und Schützen, Auffälligkeiten melden, Beruhigen und Abschrecken sind die Aufträge der eingesetzten Kräfte vor Ort.

Zu den gefährdeten Objekten zählen viel besuchte öffentliche Plätze und Gebäude, Touristenzonen, Bahnhöfe, die Pariser Metro und Einkaufszentren, aber auch jüdische Einrichtungen, die nach der Geiselnahme im Jänner 2015 besonders gefährdet sind.

Militärpräsenz, intensive Kontrollen, Wartezeiten und Beeinträchtigungen des öffentlichen Lebens zählen seitdem zum Alltag in der französischen Hauptstadt, in der nach wie vor die höchste Terrorwarnstufe und der Ausnahmezustand gilt.

FOKUS LAGEKARTE

**ISLAMISTISCHE TERRORANSCHLÄGE IN EUROPA**



**KRISENREAKTIONSMAßNAHMEN  
IN BELGIEN**

Bereits nach der Polizeiaktion in Verviers, Belgien, am 15. Jänner 2016, bei der zwei mutmaßliche Terroristen erschossen wurden, waren Teile der belgischen Streitkräfte zum Schutz wichtiger Einrichtungen eingesetzt worden.

Eine halbe Stunde nach der ersten Explosion wurde in ganz Belgien die höchste Terrorwarnstufe ausgerufen.

Innerhalb kurzer Zeit wurden tausende Soldaten nach Brüssel entsandt, um alle strategisch wichtigen Standorte zu schützen. Alle internationalen Flug- und Seehäfen wurden vom Militär geschützt.

Die Sicherheitsmaßnahmen an den Nuklearstandorten wurden erhöht: Absperrungen, verstärkte Kontrollen.

Der Flughafen Brüssel wurde evakuiert und geschlossen. Der Flugverkehr nach Lüttich, Ostend und Chaloeroi wurde eingestellt.

Die Brüsseler Nahverkehrsgesellschaft STIB schloss alle Metrostationen. Die Station Maelbeek wurde erst nach einem Monat wieder geöffnet.

Die öffentlichen Verkehrsmittel in Brüssel stellten den Betrieb ein.

Jede Ein- oder Ausreise nach Belgien wurde von Sicherheitskräften kontrolliert.

Die Sicherheitsbehörden wiesen die Bewohner Brüssels an, an einem sicheren Ort zu bleiben. Erst nachmittags war es möglich, wieder hinaus zu gehen. Am Abend verließen alle Pendler Brüssel unter polizeilicher und militärischer Kontrolle.

Die belgische Regierung verhängte eine dreitägige Staatstrauer.

Die Sicherheitskräfte suchten unverzüglich nach weiteren Attentätern in Brüssel. Einen Monat nach den Anschlügen wurden alle noch lebenden Attentäter verhaftet.

Die Eurostar-Züge von London nach Brüssel wurden in beide Richtungen ausgesetzt. Der Zugverkehr zwischen den Niederlanden und Brüssel wurde eingestellt.

Die Lufthansa und die Swiss strichen sämtliche Flüge von und nach Brüssel.

Die Deutsche Bahn stellte den Fernverkehr nach Brüssel ein.

Die Nachbarstaaten verstärkten die Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen an den Grenzen und Flughäfen.

Bis jetzt gilt in Belgien immer noch der Alarmstatus, weil aufgrund der Bedrohungsanalyse ein Terrorangriff nach wie vor als möglich eingestuft wird.

# GEDANKEN ZU DEN TERRORANSCHLÄGEN IN BRÜSSEL

PHILIPPE VAN GYSEGHEM

Viele unschuldige Menschen haben durch die Terroranschläge von Brüssel und Paris ihr Leben verloren oder wurden schwer verletzt. Das schwere Leiden der Menschen rief in der belgischen Gesellschaft eine Veränderung hervor. Bislang war unser Staat von dieser Art sinnloser Gewalt weitgehend verschont geblieben. Der Angriff auf das Jüdische Museum im Jahr 2014 war ein Weckruf und nun, nach den Anschlägen in Brüssel, ist unsere gesamte Gesellschaft davon betroffen.

Terrorismus dieser Art ist nicht nur neu für unsere Gesellschaft und hat diese verändert, sondern besonders für unsere Sicherheitskräfte haben die Maßnahmen gegen den Terrorismus absolute Priorität. Die ersten Maßnahmen wurden bereits im Jahr 2012 gesetzt, um Rückkehrer aus Syrien aufzuspüren, zu beobachten sowie Terroristen strafrechtlich zu verfolgen und zu verurteilen. Im Jahr 2015 begann die Anpassung der Gesetzgebung im Kampf gegen den Terrorismus, Maßnahmen zur Bewältigung der Radikalisierung wurden gesetzt, belgische Soldaten wurden in den großen Städten eingesetzt, um strategisch relevante oder besonders verwundbare Einrichtungen zu schützen.

## Anschläge nicht zu verhindern

Erste Folgerungen zeigen, dass Belgien über keine Informationen verfügte, die geholfen hätten diese Anschläge zu verhindern. Dennoch hat die Arbeit der belgischen Dienste, Ermittler und Staatsanwälte bereits konkrete Ergebnisse gebracht: Die durchschnittliche Anzahl von acht Verurteilungen aufgrund terroristischer Handlungen pro Jahr schnellte im Jahr 2014 auf 55 Fälle hinauf, weil die Bearbeitung terroristischer Fälle durch die Polizei und Staatsanwaltschaft eine höhere Priorität

bekam. Im Jahr 2015 wurden bereits 117 Personen aufgrund terroristischer Handlungen durch belgische Gerichte verurteilt.

Obwohl es noch zu früh ist, konkrete Lehren aus den Brüsseler Anschlägen zu beschreiben, so gibt es dennoch erste Betrachtungen dazu.

## Intensive Kooperation

Erstens muss der Vollzug von Gesetzen effektiver werden, indem mehr in die internationale Zusammenarbeit investiert wird. Die vergleichsweise geringe Zahl an Terroranschlägen in der EU ist teilweise auf

das erfolgreiche Einschreiten von Nachrichtendiensten und Vollzugsbehörden zurückzuführen. Dennoch zeigen vor allem religiös motivierte Terroristen weiterhin ihre Fähigkeit zur Ausführung willkürlicher Gewaltakte. Die Terrorbedrohung durch diese Kräfte wird zunehmend intensiver. Seit den Anschlägen von Paris wird die Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste und der Polizei von Tag zu Tag intensiver.

## Gemeinsame Datenbanken

Zweitens ist eindeutig eine Zahl von Terroristen sowohl in Frankreich als auch in Belgien

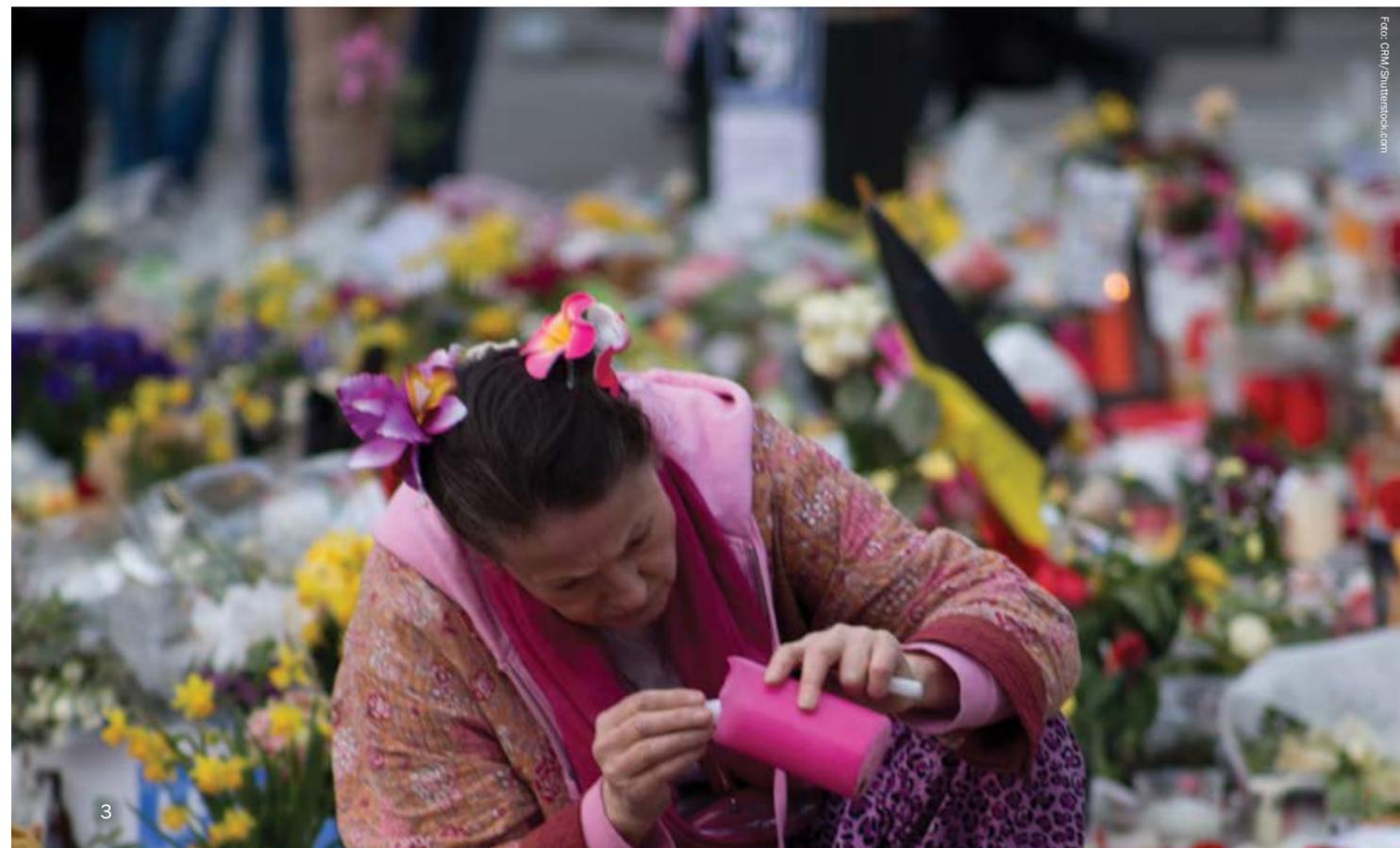


1



2

- Sicherheit:** Nach den Terroranschlägen patrouillierten Soldaten durch die Straßen der belgischen Hauptstadt, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen.
- Schweres Gerät:** An neuralgischen Punkten im Zentrum von Brüssel kam auch schweres Gerät – zum Beispiel gepanzerte Fahrzeuge der Armee – zum Einsatz.
- Trauer:** In den Tagen nach den Terroranschlägen war die gesamte Stadt von Trauer erfüllt. Viele Menschen legten im Gedenken auch Blumen nieder.



3

„unterhalb des Radars“ unter Nutzung der Flüchtlingsströme und möglicherweise unter Verwendung falscher Dokumente, nach Europa gekommen. Dies erfordert dringend Maßnahmen zur Ausweitung der systematischen Dateneingabe sowie zur einheitlichen Verwendung und gegenseitigen Nutzung internationaler Datenbanken in den Bereichen Sicherheit, Reisen und Migration.

## Anpassung der Behörden

Die aktuellen hybriden Bedrohungen fordern den gesamten Sicherheitsapparat eines Staates, weil die „Angreifer“ unterschiedlichste Methoden einsetzen. Wir müssen unsere Behörden – Nachrichtendienste, Migrationsagenturen, Antiterror-Einheiten – fragen, ob sie für die Bewältigung dieser hybriden Bedrohungen derzeit geeignet sind. Ein erster Schritt dazu war die Einrichtung eines Forums zum Informationsaustausch zwischen den wichtigen belgischen Interessensgruppen. Ferner wurden aus den o.a. Behörden gemischte Teams gebildet, denn der Kampf gegen den Terrorismus erfordert einen ganzheitlichen Ansatz.

## Flexible Terroristen

Drittens geht es um die Zellen, die in Brüssel aktiv waren und deren Kapazität, aus den eigenen Fehlern Lehren zu ziehen. Terroristen operieren in kleinen, mehr oder weniger unabhängigen Zellen. Einige konzentrieren sich auf die Logistik, andere auf operationelle Aspekte. Wir haben gelernt, dass Mitglieder einer Zelle in eine andere Zelle mit anderen Aufgaben wechseln können. Personen arbeiten im Bereich Logistik, mieten unter falscher Identität Autos und Häuser und wechseln dann ihre Rolle, indem sie Selbstmordattentäter am Flughafen Brüssel in Zaventem werden.

Mit dem Aufkommen sozialer Netzwerke haben religiös inspirierte Hassprediger ihre Techniken weiterentwickelt. Sie präsentieren sich selbst in einer freundlichen, einladenden, humorvollen Art und idealisieren die Situation in Syrien und im Irak, um junge Gefolgsleute anzuziehen. Hervorgerufen wurde das unter anderem durch die Anstrengung einiger Länder, ein „Gegen-Narrativ“ in Richtung ihrer Islamischen Gemeinden zu publizieren.

Diese Zellen sind in ihrer Operationsführung in Bezug auf Anti-Terror-Maßnahmen der Behörden sehr flexibel und anpassungsfähig. So wurden z.B. Verbindungen der Terrorzellen in sozialen Netzwerken zu den Kommandanten in Syrien verschlüsselt, nachdem offene Botschaften durch Nachrichtendienste abgefangen und dadurch Rückkehrer aus dem Krieg inhaftiert und verurteilt worden waren. Auch bei den Anschlägen in Brüssel war ursprünglich eine Kombination aus Dauerfeuer in die Menschenmassen und Selbstmordattentätern geplant; die starke Präsenz von Soldaten bewirkte bei den Terroristen eine Veränderung der Operationsführung.

**„** Direktor Oberst Philippe Van Gyseghem Sicherheitspolitischer- und Rechtsberater des belgischen Verteidigungsministers *Terrorismus ist nicht etwas, das irgendwo weit weg in unbekanntem Ländern passiert, sondern direkt neben uns am helllichten Tag. Durch die Serie von Anschlägen weiß die belgische Bevölkerung, dass Terrorismus ganz oben auf der Agenda steht.* **“**



UNSER HEER

Ein Heer von Möglichkeiten

# FÜHRUNGSSTÄRKE BEWEISEN ALS ECHTES VORBILD FÜR DIE JUNGEN.

Auf unsere Unteroffiziere kommt's an. **MIT SICHERHEIT.**

[bundesheer.at](https://www.bundesheer.at)

## WORÜBER SORGT SICH ÖSTERREICH?

Die Sorgen der Bevölkerung um die Sicherheit sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Die Krisen in der europäischen Nachbarschaft, die aktuellen Migrationsströme, aber auch die gestiegene Anzahl an Terroranschlägen in und um Europa haben zu dieser Verunsicherung beigetragen.

Lukas Bittner

Im Auftrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport wurde im Juni 2016 eine Umfrage zu den aktuellen Sicherheitsorgen der Bevölkerung durchgeführt. Der renommierte österreichische Meinungsforscher Dr. Peter Hajek befragte 1.000 Österreicherinnen und Österreicher in einer repräsentativen Studie.

### Worüber macht man sich Sorgen?

In der Untersuchung zeigte sich eindeutig, dass der internationale Terrorismus ein wichtiges Thema für die österreichische Bevölkerung ist: 81 % der Befragten gaben an, dass der internationale Terrorismus ihnen sehr große bzw. einige Sorgen bereitet. Dabei sind auch mögliche terroristische Angriffe in Österreich ein Thema. Nahezu zwei Drittel der Bevölkerung haben die Sorge, dass Terroranschläge, ähnlich jenen in Paris oder in Brüssel, auch in Österreich passieren könnten. Eine Vergleichsstudie aus dem Jahr 2008 zeigt sich, dass sich diese Befürchtung von 39% auf 64% zugenommen hat, was einer Verdopplung entspricht.

Zu ähnlichen Ergebnissen kam eine europaweit durchgeführte Studie des Pew Reserach Center. Nach dieser Studie glaubt in acht von zehn untersuchten Staaten die Mehrheit der Bevölkerung, dass es einen Zusammenhang zwischen Migration und Terrorismus gibt. Im europäischen Durchschnitt sind ca. 56% der Bevölkerung dieser Meinung.

### Steigendes Sicherheitsbedürfnis

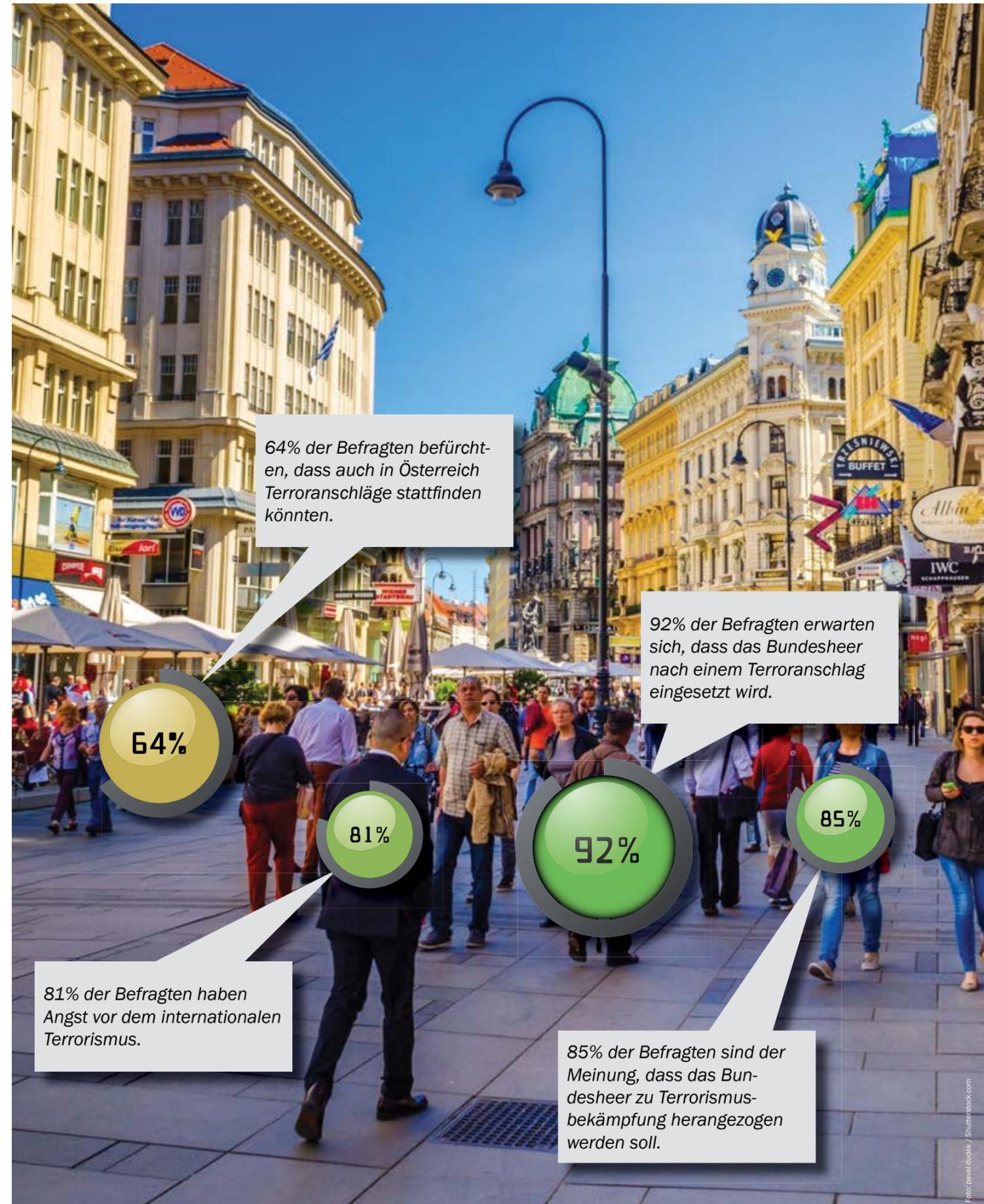
Gleichzeitig mit den Sorgen steigt auch das Sicherheitsbedürfnis. Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung ist der Meinung, dass das Bundesheer nach

einem Terroranschlag zur Unterstützung der Polizei zum Einsatz kommen sollte. Ca. 92% der befragten Bürgerinnen und Bürger meinen, dass der Staat alle zur Verfügung stehenden Instrumente und Mittel heranziehen muss, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Dies schließt auch den Einsatz des Bundesheers mit ein.

Zur Frage, in welchen Fällen das Bundesheer vermehrt Aufgaben im Inland übernehmen soll, wurden von einem großen Teil der Bevölkerung drei konkrete Szenarien genannt:

- Zur allgemeinen Terrorismusbekämpfung im Inland (85% stimmen sehr oder eher zu).
- Beim Schutz von wichtigen Einrichtungen wie Flughäfen, Botschaften oder Anlagen zur Energieversorgung (86% stimmen sehr oder eher zu).
- Allgemein zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und bei gewaltsamen Unruhen im Inland (83% stimmen sehr oder eher zu)

Die Anschläge der letzten Monate in Paris, Brüssel, Istanbul und zuletzt in Nizza haben gezeigt, dass der Terrorismus in Europa eine reale Gefahr ist. Auch die Sorgen um die Sicherheit haben in der Bevölkerung Europas und Österreichs in den letzten Monaten und Jahren zugenommen. Die Bevölkerung befürchtet Terroranschläge auch in Österreich. Das Bundesheer hat sich bereits in der Vergangenheit als verlässlicher Garant für die Sicherheit Österreichs ausgezeichnet. Das Bundesheer ist damit ein wesentlicher Faktor im gesamtstaatlichen Krisenmanagement und wird auch so von den Österreicherinnen und Österreichern wahrgenommen.



64% der Befragten befürchten, dass auch in Österreich Terroranschläge stattfinden könnten.



81% der Befragten haben Angst vor dem internationalen Terrorismus.



92% der Befragten erwarten sich, dass das Bundesheer nach einem Terroranschlag eingesetzt wird.



85% der Befragten sind der Meinung, dass das Bundesheer zu Terrorismusbekämpfung herangezogen werden soll.

# UMFASSENDE SICHERHEITSVORSORGE SCHÜTZT UNS

Wir sind mit Herausforderungen wie Terrorismus, Organisierter Kriminalität oder Massenmigration konfrontiert. Die aktuellen Bedrohungen sind komplex und teilweise schwer vorhersehbar. Österreichs Sicherheit wird daher von vielen Faktoren bestimmt.

GUSTAV GUSTENAU, MICHAEL KUGLER

Um gegen aktuelle Bedrohungen geschützt zu sein, ist in Österreich ein System umfassender Sicherheit notwendig. Dies umfasst sowohl die Koordination von Maßnahmen der Außen- und Verteidigungspolitik sowie der Politik zur inneren Sicherheit als auch Maßnahmen aus anderen Politikbereichen wie z.B. Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Finanz-, Bildungs-, oder Gesundheitspolitik.

Dieser gesamtstaatliche Ansatz ist ein Leitprinzip der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS). Diese Strategie wird im Wesentlichen durch die „Umfassende Sicherheitsvorsorge“ (USV) umgesetzt. Sie soll das systematische Zusammenwirken verschiedener Politikbereiche, sowie verschiedener staatlicher und nicht-staatlicher Akteure sicherstellen.

Der internationale Terrorismus steht in Österreich ganz oben auf der Liste aktueller

Bedrohungen. Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung bzw. -prävention werden daher in den Teilbereichen der Umfassenden Sicherheitsvorsorge bearbeitet.

Terroristische Aktivitäten sind ein wesentlicher Bestandteil des gesamtstaatlichen sicherheitspolitischen Lagebildes. Daraus ergeben sich Grundlagen für sicherheitspolitische Entscheidungen auf Regierungsebene.

Auch im virtuellen Raum erfordern terroristische Aktivitäten eine Schwergewichtsbildung bei nationalen Gegenmaßnahmen (Cyber-Sicherheit). Die Aktivitäten der Terroristen im Internet erstrecken sich von Propaganda, Radikalisierungsversuchen und Rekrutierung über kriminelle Aktivitäten zur Terrorismusfinanzierung bis hin zu konkreten Anschlägen.

Einrichtungen der kritischen Infrastruktur sichern der Gesellschaft

lebensnotwendige Ressourcen auch in Krisensituationen. Deren Störung oder Zerstörung hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit, Sicherheit bzw. das wirtschaftliche und soziale Wohl der Bevölkerung. Der Schutz kritischer Infrastruktur ist daher ein zentrales Thema für die österreichischen Behörden und Institutionen. Auch der Nationale Sicherheitsrat befasst sich regelmäßig und anlassbezogen mit Aspekten der Terrorismusprävention und Terrorismusbekämpfung.



# WAS IST RESILIENZ?

Resilienz ist die Fähigkeit, mit Ereignissen – vorhergesehen oder unvorhergesehen, negativ oder positiv – umgehen zu können. Resilienz beschreibt die Fähigkeit einer Gesellschaft, externe Störungen zu verkraften und auch bei schweren Schäden zentrale Funktionen aufrechtzuerhalten. In Österreich bedeutet das die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft nach Krisen. Diese Fähigkeit ist für Österreich, seine Leistungs-

fähigkeit und seine Legitimation als Staatsgebilde entscheidend.

In Österreich wurde das Ziel, die Resilienz zu steigern, durch einen Nationalratsbeschluss bzw. im Arbeitsprogramm der Bundesregierung festgelegt. Auf Basis eines gesamtstaatlichen Konzeptes werden vor allem der Schutz kritischer Infrastruktur(en) und die Sicherheit im Cyber-Raum erhöht.

Zur Steigerung der Resilienz in Österreich wurden bereits Maßnahmen gesetzt:

- Einrichtung des staatlichen Krisen- und Katastrophenmanagements
- Einrichtung des Programmes zum Schutz Kritischer Infrastruktur(en)
- Einrichtung des Nationalen Sicherheitsforschungsprogramms KIRAS
- Verfügung des Sicherheitspolitischen Informationskonzept.

# WAS IST DIE UMFASSENDE LANDESVERTEIDIGUNG?

Neben dem Zivilschutz koordiniert das Bundesministerium für Inneres die Angelegenheiten des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements sowie der internationalen Katastrophenhilfe. Heute umfasst der Zivilschutz den Schutz der Bevölkerung vor Gefahren durch Naturereignisse, technische, terroristische oder kriegerische Ereignisse. Zur zivilen Landesverteidigung gehören auch die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Behörden.

Das Bundesheer ist zuständig für die militärische Landesverteidigung. Auf Anforderung der zivilen Behörden kann es zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit, zum Schutz der demokratischen Freiheiten der Einwohner, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren und zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und außergewöhnlichen Unglücksfällen eingesetzt werden.



Zur Umfassenden Landesverteidigung gehören die **militärische**, die **geistige**, die **zivile** und die **wirtschaftliche** Landesverteidigung. (Art. 9, B-VG)

Die Angelegenheiten der wirtschaftlichen Landesverteidigung werden im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft bearbeitet. Die wirtschaftliche Landesverteidigung trifft Vorsorgen und Maßnahmen gegen krisen- und kriegsbedingte Störungen der Wirtschaft und organisiert die Versorgung der Bevölkerung unter derartigen Verhältnissen, z.B. durch Lebensmittelbevorratung und Energievorräte.

Im Bundesministerium für Bildung und Frauen werden die Angelegenheiten der Geistigen Landesverteidigung (GLV) im Bereich Unterricht und Schule (Politische Bildung) wahrgenommen. Es geht um die Vermittlung demokratischer Werte, die Schaffung eines umfassenden Bewusstseins für demokratische Freiheiten und für die Bürger- und Menschenrechte. Ausgehend vom Konzept der Umfassenden Sicherheitsvorsorge unterstützt die GLV den demokratischen Grundkonsens und den sozialen Frieden.



**General Mag. Othmar Commenda**

Chef des Generalstabes

Nach wie vor ist die Kernaufgabe des Militärs der Kampf, im Extremfall in Form der militärischen Landesverteidigung. Diese Fähigkeiten müssen wir erhalten.



FOKUS KOMMENTAR

# GEMEINSAM GEGEN DEN TERROR

General Mag. OTHMAR COMMENDA

Unsere Umgebung ist unsicherer geworden: Krisen aus der Nachbarschaft Europas sind bei uns angekommen. Die sicherheitspolitische Ausgangslage für Österreich verändert sich. Wir erwarten weiterhin keine unmittelbare militärische konventionelle Bedrohung, aber die Reaktionszeiten haben abgenommen, die Einschätzung der Lage wird schwieriger. Ein Einsatz des Bundesheeres in Österreich zum Schutz der Bevölkerung wird wahrscheinlicher, die Aufgaben des Bundesheeres im Inland bekommen einen neuen Stellenwert. Die aktuellen Bedrohungen erfordern umfassende, gesamtstaatliche Maßnahmen, zu denen das Bundesheer einen wesentlichen Beitrag leistet.

Eine schwierige Herausforderung ist der Kampf gegen den transnationalen Terrorismus, dessen Angriffe auch einen Staat wie Österreich ernsthaft bedrohen können. Daher muss sich das Bundesheer in enger Zusammenarbeit mit der Polizei und anderen Organisationen auf Einsätze gegen den Terrorismus vorbereiten.

Aktuell haben wir es mit Terrorgruppierungen zu tun, die jederzeit in Europa konzentriert und militärisch organisiert angreifen können. Wir stehen Selbstmordattentätern gegenüber, deren Handlungen nicht vorherbestimmbar sind und die so viele Menschen wie möglich töten wollen. Damit

soll unsere Gesellschaft destabilisiert werden und somit der Schutzfaktor des Staates unterlaufen werden. Das ist das neue Gesicht des Terrors.

Diese militärisch organisierten Terrorkräfte, die nicht nur über Sprengstoffgürtel, sondern auch über Lenkwaffen und moderne Kommunikationsmittel verfügen, können ausschließlich mit militärischen Kräften wirksam bekämpft werden.

Nach wie vor ist die Kernaufgabe des Militärs der Kampf, im Extremfall in Form der militärischen Landesverteidigung. Diese Fähigkeiten müssen wir erhalten, auch um größere Terrorangriffe abwehren zu können. Neben konventionellen oder irregulären Kampfaufgaben wird dabei der Kampf im Informations- und Cyberraum immer wichtiger. Das Bundesheer muss aber auch Einsätze dort durchführen können, wo andere Organisationen auf Grund der Bedrohungslage nicht mehr präsent sein können. Für diese Aufgaben müssen wir unsere Soldaten realitätsnah ausbilden und modern ausrüsten.

Wir sind die letzte Rückversicherung für die Bevölkerung und die Republik Österreich – sei es im Krisenfall, bei Katastrophen oder bei der Stabilisierung des europäischen Umfeldes. Diese Erwartung müssen wir professionell erfüllen.

FOKUS ANALYSE

# TERRORBEKÄMPFUNG DURCH DAS BUNDESHEER

PHILIPP EDER, PHILIPP SÉGUR-CABANAC

Terroristen des sogenannten „Islamischen Staates“ verüben Anschläge in Europa und in anderen Teilen der Welt. Sie machen dies aber nicht nur, um – wie andere Terrorgruppen – politische Ziele in ihrer Heimat zu erreichen. Was ist daher zu tun, wenn Terroristen künftig die Souveränität europäischer Staaten in einem bisher nicht dagewesenen Ausmaß mit militärischen Mitteln angreifen?

**Terrorismus in neuer Qualität**

Die Ziele von neuen Terrororganisationen wie *Daesh* („Islamischer Staat“) liegen u.a. im Etablieren eines „Kalifats“ – und dies auch auf europäischem Boden. Dabei können Terroranschläge auch unter Anwendung typischer militärischer Verfahren und Mittel ausgeführt werden. Wenn diese Gefahr, auch bekannt als ein Element der „hybriden Bedrohung“, gleichsam ein völkerrechtlicher Graubereich zwischen Krieg und Frieden ist, müssen wir uns dieser Herausforderung stellen und uns darauf vorbereiten.



**Spezialisten:** Die Eliteeinheit des Bundesheeres, das Jagdkommando, trainiert permanent auch für schwierige Situationen, z.B. die Geiselnbefreiung auf einem Schiff

**Konsequenter Schutz der Souveränität**

Ist die Souveränität Österreichs durch massive Angriffe – auch durch Terroristen – bedroht, wird diese durch das Bundesheer nach entsprechender politischer Beschlussfassung im Rahmen der militärischen Landesverteidigung als Teil des gesamtstaat-

lichen Zusammenwirkens geschützt. Bei Bedarf wird die Souveränität mit Waffengewalt durch den sogenannten „Kampf der verbundenen Waffen“ – dem koordinierten Zusammenwirken aller verfügbaren militärischen Mittel – verteidigt. Gegen Terroristen können dazu alle Waffengattungen, insbesondere infanteristische Kampfgruppen (Jäger) im Zusammenwirken mit Luftstreitkräften,

Fortsetzung auf Seite 32



# TERRORBEKÄMPFUNG DURCH DAS BUNDESHEER

Fortsetzung von Seite 31

Spezialeinsatzkräften (Jagdkommando) und anderen Truppen, wie Militärstreife/Militärpolizei oder ABC-Abwehr, eingesetzt werden.

## Verteidigung des Cyber-Raumes

Cyber-Angriffe auf – für die Lebensgrundlagen wichtige – sogenannte „kritische Infrastrukturen“ werden durch Terroristen verübt, weil dadurch großer Schaden für die Bevölkerung entstehen kann. Das Bundesheer verfügt mit dem neuen „Kommando Führungsunterstützung und Cyber-Verteidigung“ über spezielle Fähigkeiten, um wesentliche Einrichtungen des Staates vor Cyber-Angriffen zu schützen und bei Bedarf auch offensiv gegen Angreifer im Cyber-Raum vorzugehen.

## Verteidigung des Luftraums

Alle Luftfahrzeuge, besonders Kleinflugzeuge und unbemannte ferngesteuerte Fluggeräte wie Drohnen, können für terroristische Angriffe genutzt werden. Das

Bundesheer schützt die Bevölkerung und sensible Räume mit einem Mix an Fähigkeiten zur Luftraumüberwachung, wie z.B. modernste Radargeräte und das System Eurofighter, aber auch mit anderen Luftfahrzeugen, um den unterschiedlichen Luftbedrohungen angemessen begegnen zu können.

## Auslandseinsätze bringen Stabilität

Extremismus entsteht oft im Fahrwasser von zerfallenden oder gescheiterten Staaten. Meist sind es die Perspektivlosigkeit, die schlechten Lebensbedingungen und das unsichere Umfeld, die vor allem junge Menschen in die Hände religiöser Fanatiker treiben und letztlich zu radikalisierten Kämpfern und Terroristen machen. Die Auslandseinsätze des Bundesheeres unter dem Mandat internationaler Organisationen zielen darauf ab, vor Ort im Krisengebiet für ein möglichst sicheres Umfeld zu sorgen. Gemeinsam mit zivilen Maßnahmen internationaler Organisationen können so Strukturen geschaffen werden, damit sich

die Menschen relativ sicher fühlen und dort eine positive Zukunft und Chancen sehen. In diesen Einsätzen sammeln die Soldaten des Bundesheeres Erfahrungen und vertiefen auch Fähigkeiten, die sie zur Terrorabwehr im Inland benötigen könnten.

## Strategische Handlungsreserve

Wenn die höchsten Staatsorgane Österreichs – wie Bundespräsident, Bundesregierung oder Nationalrat – durch Terrorangriffe bedroht werden, unterstützt das Bundesheer die Sicherheitsbehörden bei deren Schutz: es geht um die Garantie der Funktionsfähigkeit der wichtigsten Organe des Landes. Beim Ausfall wichtiger Lebensgrundlagen und Einrichtungen – z.B. als Folge terroristischer Anschläge – hilft das Bundesheer bei der Notversorgung der Bevölkerung. Dazu ist es notwendig, dass die Republik für solche Fälle im Voraus ausreichend Reserven bereithält, z.B. Lebensmittel, Medikamente, Treibstoffe etc.

## Schutz der Grenzen

Bei Bedarf überwachen Soldaten die Staatsgrenzen und sorgen für einen kontrollierten Eintritt fremder Personen in das Bundesgebiet. Effektive Grenzkontrollen erfordern eine enge Abstimmung mit den Nachbarländern und präzise nachrichtendienstliche Aufklärung (Heeresnachrichtenamt bzw. Abwehramt). Spezielle technische Unterstützung bei der Überwachung der Staatsgrenze (z.B. Aufklärungsradar oder Hubschrauber) und hochmobile Reaktionskräfte verhindern illegale Grenzübertritte.

## Sicherheit erhöhen - Lebensgrundlagen schützen

In enger Zusammenarbeit mit der Polizei sowie mit anderen Organisationen und unter Einsatz von nachrichtendienstlichen und



1. **Transport:** Das Bundesheer ist mit seinen Hubschraubern in der Lage, Kräfte in ganz Österreich rasch zum Einsatz zu bringen.
2. **Schnelle Reaktion:** Die aktuellen Bedrohungen erfordern eine hohe Reaktionsfähigkeit. Das Bundesheer reagiert darauf mit der angelaufenen Reform, u.a. durch die Etablierung des „Kommandos Schnelle Einsätze“.

militärischen Aufklärungskräften können in Krisenlagen konkrete Bedrohungen frühzeitig erkannt werden. Durch sichtbare Präsenz unserer Soldaten inmitten der Bevölkerung sorgen diese für Sicherheit und Ordnung und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Menschen. Vor allem kritische Infrastruktureinrichtungen wie Kraftwerke, Trinkwasserversorgung, Stromverteiler, Lebensmittellager, Telekommunikationsanlagen etc. sind bevorzugte Ziele von Terroristen. Gelingt dort ein erfolgreicher Anschlag, so hat das verheerende Folgen für die Bevölkerung und die Struktur des Staates. Deshalb ist es essentiell die nachrichtendienstliche Aufklärung sowohl in Österreich als auch in Europa eng zu vernetzen, um verdächtige Gruppierungen im In- und Ausland zu überwachen und Informationen schnell auszutauschen. Darüber hinaus bereiten Soldaten des Prä-

senz- und Milizstandes den Schutz wichtiger Objekte schon jetzt vor und üben ihre Einsätze regelmäßig gemeinsam mit den Betreibern der Infrastruktur und mit der Polizei.

## Schneller im Einsatz

Als Reaktion auf die aktuellen Bedrohungen sollen künftig 6.000 Soldaten rasch einsatzbereit sein. Darauf zielt die nun angelauene Reform des Bundesheeres, u.a. durch Etablieren des „Kommandos Schnelle Einsätze“, in Mautern in NÖ, ab. Diese Einrichtung ist die neue Krisenreaktionskraft des Bundesheeres für Einsätze im In- und Ausland, mit Spezialisierung auf den Einsatz im urbanen Gelände. Hauptaufgaben sind die Unterstützung bei der Abwehr terroristischer Bedrohungen und die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung nach

einer Terrorsituation, in der mit den Sicherheitskräften nicht das Auslangen gefunden wird. Das Kommando führt neben Kampftruppen auch die Militärpolizei und die ABC-Abwehrtruppe.

## Ein verlässlicher Partner

Zu jeder Zeit können sich die Österreicherinnen und Österreicher auf die umfassende Landesverteidigung und ihr Bundesheer verlassen. Unsere Soldaten sind schnell verfügbar und immer bereit, gemeinsam mit der Polizei und anderen Organisationen durch Schutz und Sicherheit, die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) unseres Staates zu steigern.

# Wer ist für die Terrorabwehr zuständig?

Peter Fender

Nach geltendem Recht fällt die Abwehr eines terroristischen Angriffes, je nach Intensität und Ausrichtung, entweder in die Zuständigkeit der Sicherheitsbehörden oder des Bundesheeres.

Die Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres sind auf Verfassungsebene festgelegt. Kernaufgabe des Bundesheeres ist die militärische Landesverteidigung.

Zusätzlich gibt es sogenannte „Assistenzfälle“, bei denen das Bundesheer auf Anforderung der zivilen Behörden eingesetzt werden kann:

- Der sicherheitspolizeiliche Assistenzinsatz dient dem Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit, dem Schutz der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren Österreichs überhaupt.
- Die Katastrophenassistenz dient der Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs.

Als weitere Aufgabe führt das Bundesheer Auslandseinsätze durch.

Unter „militärische Landesverteidigung“ wird die „Abwehr von Gefahren von außen“ verstanden, wobei darunter insbesondere die

Abwehr feindlicher Streitkräfte zu verstehen ist. Weiters fällt unter diesen Begriff die Abwehr aggressiver Handlungen im Staatsinneren, wenn sie mit äußeren Gefahren verbunden sind und nur mit militärischen Mitteln abgewehrt werden können. Ein Fall der militärischen Landesverteidigung Österreichs würde somit gegeben sein, wenn eine vorhandene Bedrohung im Inneren einen gewissen Außenbezug aufweist, wie insbesondere die logistische Unterstützung, Finanzierung oder Führung bewaffneter Gruppen.

### Zuständigkeit des Bundesheeres:

Der Status „militärische Landesverteidigung“ ist nur bei schwerwiegenden Angriffen auf die Souveränität Österreichs vorgesehen. Das Bundesheer kann zur Abwehr terroristischer Angriffe nur dann tätig werden, wenn diese Abwehr ein Anlassfall der „militärischen Landesverteidigung“ ist. Dies wäre – wie oben ausgeführt – beispielsweise der Fall, wenn ein „Völkerrechtssubjekt“ mit einem direkten oder indirekten Angriff versucht, die Souveränität Österreichs ganz oder in Teilbereichen zu zerstören. Somit gehört zur militärischen Landesverteidigung auch die Abwehr terroristischer Angriffe gegen Österreich als souveränen Staat oder gegen militärische Rechtsgüter. Im konkreten Anlassfall entscheidet dies die Bundesregierung, die Richtlinien für einen möglichen Einsatz beschließt, sowie der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, der hierauf eine Einsatzverfügung erlässt.



### Zuständigkeit der Polizei:

Ein terroristischer Angriff, der sich nicht gegen die Souveränität Österreichs selbst richtet, ist kein Anlassfall für die militärische Landesverteidigung, sondern eine allgemeine Gefahr für Leben, Gesundheit, Sicherheit, öffentliche Ruhe und Ordnung im Inneren. Deren Abwehr fällt in den Bereich der „inneren Sicherheit“ und somit in die Zuständigkeit der Sicherheitsbehörden.

Wenn die Sicherheitsbehörden für die Abwehr eines terroristischen Angriffes zuständig sind, kann das Bundesheer von diesen Behörden zu einem sicherheitspolizeilichen Assistenzinsatz zur Unterstützung der Terrorabwehr angefordert werden.

# WICHTIGE BEGRIFFE

- **Resilienz** ist die Fähigkeit eines Systems, einer Gemeinschaft oder einer Gesellschaft, welche(s) Gefahren ausgesetzt ist, deren Folgen zeitgerecht und wirkungsvoll zu bewältigen, mit ihnen umzugehen, sich ihnen anzupassen und sich von ihnen zu erholen, auch durch Bewahrung und Wiederherstellung seiner bzw. ihrer wesentlichen Grundstrukturen und Funktionen.
- **Kritische Infrastrukturen** sind jene Infrastrukturen (Systeme, Anlagen, Prozesse, Netzwerke oder Teile davon), die eine wesentliche Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen haben und deren Störung oder Zerstörung schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit, Sicherheit oder das wirtschaftliche und soziale Wohl großer Teile der Bevölkerung oder das effektive Funktionieren von staatlichen Einrichtungen haben würde.
- Der **Nationale Sicherheitsrat** ist beim Bundeskanzleramt eingerichtet. Er berät die Bundesregierung sowie die Bundesminister in grundsätzlichen Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, in Angelegenheiten des Kapitels VII der Charta der Vereinten Nationen (Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen) und in grundsätzlichen Angelegenheiten der militärischen Landesverteidigung. Der Nationale Sicherheitsrat erteilt Empfehlungen für Maßnahmen in Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Er wird vom Bundeskanzler selbstständig oder auf Antrag einberufen.

Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates sind der Bundeskanzler als Vorsitzender, der Vizekanzler, der Bundesminister für Europäische und Internationale Angelegenheiten, der Bundesminister für Landesverteidigung, der Bundesminister für Inneres, der Bundesminister für Justiz, sowie Vertreter der im Hauptausschuss des Nationalrates bzw. im Nationalrat vertretenen politischen Parteien. Die Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates und die beigezogenen Personen üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Dem Rat gehören mit beratender Stimme an: ein Beamter der Präsidentschaftskanzlei, ein Vertreter des Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, der Chef des Generalstabes, der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit sowie je nach Thema - weitere Beamte und Regierungsmitglieder.



